

Bezugspreis: Vierteljährlich 30.- M., monatlich 10.- M. frei ins Haus voranzahlbar. Postbezugspreis: Vierteljährlich 33.- M., monatlich 11.- M. einschließlich Postgebühren. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, das Saar- und Rheinland, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Österreich, Ungarn und Rumänien 30.- M. für das übrige Ausland 37.- M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Estland, Lettland, Dänemark, Holland, Dänemark, Schweden und die Schweiz.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Komposition kostet 150 M. „Kleine Anzeigen“ das Setzgedruckte Wort 150 M. (unabhängig vom Setzgedruckten) jedes weitere Wort 1.- M. Stillschreiben und Schließkennzeichnungen des ersten Wortes 1.- M. jedes weitere Wort 50 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Roman-Anzeigen für Abonnenten 2.- M. Die Preise verstehen sich einschließlich Einreichungsgebühr. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft Berlin SW 68, Lindenstraße 63, abgegeben werden. Öffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Redaktion Morinplatz 15195-97  
Expedition Morinplatz 11753-54

Freitag, den 9. September 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigen-Abteilung Morinplatz 11753-54

## München hat das Wort.

Berlin, 8. September. (WTB.) Die Beratungen der Reichsregierung mit den Vertretern der bayerischen Regierung und der bayerischen Koalitionsparteien haben heute nachmittag einen vorläufigen Abschluß gefunden. Die bayerischen Vertreter reisen heute abend nach München und werden das Ergebnis der Besprechungen mit der Reichsregierung der bayerischen Regierung und dem Ständigen Ausschuß des Landtags unterbreiten, der am Sonnabend zusammentritt.

An die heutige Sitzung des interfraktionellen Ausschusses der Mehrheitsparteien schloß sich eine Kabinettsitzung, die bis nachmittags 1/5 Uhr dauerte. Darauf erfolgten wieder Besprechungen der Vertreter des Reichskabinetts mit den Vertretern der bayerischen Regierung und der bayerischen Koalitionsparteien. Um 6 Uhr — mit einiger Verspätung — begannen dann die gestern abgebrochenen Besprechungen des Kanzlers mit den Vertretern der Sozialdemokraten und Unabhängigen von neuem. Diese zogen sich bis in den späten Abend hin.

Ueber das Ergebnis der Verhandlungen soll vorläufig Stillschweigen bewahrt werden. Die Aussichten für eine Einigung zwischen Berlin und München werden als recht günstig angesehen. Fest steht vorläufig nur das eine, daß der Ueberwachungsausschuß des Reichstages seine für morgen angelegte Sitzung nicht abhalten wird; sie wird auf Sonnabend nachmittag, vielleicht sogar auf Montag verschoben werden, damit die bayerischen Vertreter genügend Zeit haben, die Sachlage in München zur Klärung zu bringen.

### Verhandlungen und — Praxis.

München, 8. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Zum Beweis, welche Bedeutung es in der Praxis haben würde, wenn die bayerische Regierung auf dem Verhandlungsweg die Einführung der Reichsverordnungen durch bayerische Behörden durchdrücken könnte, mögen folgende Tatsachen dienen: Während die Plakatierung des gestern im „Vorwärts“ veröffentlichten Aufrufes der bayerischen Gewerkschaften vom Polizeipräsidenten verboten wird, hängt gleichzeitig in den Straßen Münchens ein knallrotes Plakat der „Nationalsozialisten“ mit einer handgreiflichen Verhöhnung der Reichsverordnung. Es heißt dort: „Der Redner des Abends spricht mit geheimer Ehrfurcht und Ehrerbietigkeit über das Thema: „Der Johannes des Judenstaates, Matthias von Suttenthausen, sein Werk, sein Geist.“

Die heutige Nummer der von dem Preußen Traub redigierte „München-Augsburger Abendzeitung“ — die längst verboten sein sollte — strotzt von Befeidigungen der Mitglieder der Reichsregierung.

„Das Recht, die Uniform zu tragen, hat Seine Majestät der König, unseren preussischen Kameraden der Kaiser verliehen, nicht der Sattlergehilfe Ebert. Nach der famosen Weimarer Verfassung soll der Präsident vom Volk gewählt werden. Herr Ebert aber ist nicht vom Volk gewählt, sondern von einem Haufen bolschewistischer Straßengeindels, das ihn zum Volksbeauftragten erkort. Somit bestreiten wir allen Offiziere Ebert das Recht, über unsere Uniform zu verfügen. Wir Offiziere in Bayern werden sie nach wie vor tragen, wann es uns paßt. Herr Wirth, der Sie sich Reichskanzler nennen: rote Verbrecher der Parteien, die Sie jetzt auf die Straße gerufen haben, um Ihr wackliges Thronlein zu stützen, haben feinerzeit einem Oberleutnant die Hände abgehakt, einem Fliegerhauptmann den Körper zerrissen. Als Sie das gehört haben, haben Sie sich da auch die Haare geraut und gebeult, wie jetzt am Sarge Erzbergers? Unser Kopf, in dem wir 4 1/2 Jahre gekämpft haben, wird uns nur noch heiliger, wenn er von solchen Leuten zu besudeln versucht wird. Aber auch der Haß und die grenzenlose Verachtung gegen alles, was Demokratie und Republik heißt, wird größer und größer, ihn zu vertiefen, wird unsere Antwort sein.“

Der Traub tut, als wählte er nicht, daß Ebert von der Nationalversammlung, und zwar auch von den Abgeordneten der bayerischen Volkspartei, zum Präsidenten gewählt ist. Die Nationalversammlung ist nach der „M.-A. Abendztg.“ also ein „Haufen bolschewistischer Straßengeindels“ gewesen. Ein Blatt, das so schimpft, wird in Bayern nicht verboten. In Berlin wird verhandelt und in München wird weiter geschimpft.

Der Schriftleiter des „Miesbacher Anzeiger“ kündigt in seinem Erschließblatt eine Zivilklage gegen den „Vorwärts“ an.

### Braunschweig für die Verfassung.

Das braunschweigische Staatsministerium hat einen Aufruf an alle erlassen, in dem es sich mit dem Aufruf der Reichsregierung vom 20. August 1921 und allen zum Schutze der Verfassung und der Republik getroffenen Maßnahmen einverstanden erklärt. Das Staatsministerium will die Reichsregierung in Uebereinstimmung mit der großen Mehrheit des braunschweigischen Volkes in einschloßnem Vorgehen gegen alle Feinde der Verfassung und der Republik unterstützen.

Das braunschweigische Staatsministerium dankt der Bevölkerung für die Mäße, Ordnung und Selbstzucht bei den Demonstrationen

zur Verteidigung der durch die Revolution geschaffenen verfassungsmäßigen Grundlagen des Reiches und Landes. — Keuherste Selbstzucht sei auch fernerhin die oberste Pflicht des Staatsbürgers. Die von der Verfassung gegebenen Rechte des Staatsbürgers würden unter allen Umständen gewährleistet. Diese Rechte schloßen jedoch die Pflicht für jeden Staatsbürger in sich, sich auf den Boden des verfassungsmäßigen Zustandes zu stellen. Insbesondere hätten alle, die die Ehre haben, dem Staate als Beamte und Angestellte zu dienen, die oberste Aufgabe, die Verfassung anzuerkennen, zu schützen, zu verteidigen und in ihrer demokratischen Weiterentwicklung zu fördern.

Das Staatsministerium verlangt von allen Beamten und Angestellten vollste Pflichterfüllung und Treue gegen die Republik. Auch für die Lehrerschaft sei jede Verheugung der Jugend im nationalistischen, militaristischen und monarchistischen Geiste grobe Pflichtverletzung und Verbrechen. Der Aufruf schließt mit dem Wunsche, daß die Bevölkerung des Freistaates Braunschweig in Treue und Hingabe an die republikanische Verfassung des Reiches und des Landes dazu beitragen möge, demokratische Ordnung und wirtschaftlichen Wiederaufbau zu erreichen.

### Hüter der Reichsverfassung.

Der rechtsbolschewistische „Tag“ ist sehr empört darüber, daß die Arbeiterschaft die Reichsregierung im Kampfe gegen die bayerische Fronde unterstützen will. Ganz Jörn schreibt das edle Blatt:

Seit wann sind „die Massen“ Exekutivorgan der Regierung? Welcher Verfassungsartikel macht sie zu Hilfstuppen der Reichsregierung?

Ja, welcher Verfassungsartikel? Die Herren auf der Rechten haben allen Unfah, nach Verfassungsartikeln zu fragen. Sie mühten nur auch fragen: Welcher Verfassungsartikel gestattet es der Regierung, reichsgesetzlichen Anordnungen nicht Folge zu leisten? Nach der Verfassung bricht Reichsrecht Landesrecht. Aber wenn den Herren Reaktionsären eine Verfassungsbestimmung nicht paßt, dann erklären sie einfach in diesem Punkt die Verfassung für „verfehlt“, und dann ist nach ihrer Ansicht niemand mehr verpflichtet, sich darum zu kümmern!

### Höring, der „Schwarze Mann“.

In der „Deutschen Tageszeitung“ finden wir die reizende Ueberschrift „Herr Höring als Oberzensor“. Neugierig suchen wir, was denn dieser von Kommunisten und von der Reaktion gleicherweise bespottete Mann wieder einmal eingebrockt hat. Also da finden wir eine Korrespondenzmeldung, daß einige bürgerliche Blätter in Magdeburg sich über den dortigen Polizeipräsidenten bei seinem Vorgehen, dem Regierungspräsidenten beschwert haben, weil der erstere beabsichtige, die Presseverordnung auch auf den Nachrichtenenteil der Blätter auszudehnen. Auf Grund dieser Meldung legt nun das Agrarierblatt los:

Die Auffassung des Herrn Höring ist wohl das Ungerimmste, was auf diesem Gebiete bisher überhaupt versucht worden ist. Eine Maßnahme im Sinne des Herrn Höring heißt den Nachrichtendienst der Zeitungen überhaupt unterbinden; denn wenn der Plan Hörings durchgeht, wird dieser Nachrichtendienst einer höchst subjektiven Beurteilung unterstellt. . . .

Wenn die „Deutsche Tageszeitung“ in ihrem Elfer „für deutsche Art“ nur ein ganz klein wenig aufmerksam gewesen wäre, hätte ihr nicht entgehen können, daß die Magdeburger Blätter sich ummöglich über den Oberpräsidenten Höring beim Regierungspräsidenten beschweren können. Tollschick heißt der Polizeipräsident, gegen den sich die Beschwerde richtete, Krüger und nicht Höring. Das weiß man in der Rechtspreßse natürlich sehr genau. Aber wie man für alle Dinge zwischen Himmel und Erde bisher Erzberger verantwortlich machte, so will man jetzt augenscheinlich aufs neue die Heße gegen Höring eröffnen, der der Reaktion ein Dorn im Auge ist. Wir nageln das nur fest. Die Deutschenationalen stellen so lange „Schwarze Männer“ auf, bis irgendeiner ihrer Angehörigen den tödenden Revolver zieht. Dann natürlich waschen sie ihre Hände in Unschuld!

### Massenkundgebung in Hamburg.

Hamburg, 8. September. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Nach der Riesenkundgebung für die Republik am 31. August hatte die Sozialdemokratische Partei Groß-Hamburgs in der Erkenntnis, daß der Kampf gegen die Reaktion nicht ruhen dürfe, zu heute abend in allen Stadtteilen Hamburgs große Volksversammlungen einberufen mit dem Thema „Der Kampf der Sozialdemokratie gegen Lebensmittelsteuer, für Besitz- und Goldwertbesteuerung“. Die Versammlungen waren durchweg glänzend besucht und von regem Kampfeifer erfüllt.

Neues Verbot eines Rechtsblattes. Wie die BPP erfahren, hat Oberpräsident Kossel das deutschnationale „Wöhringer Tagesblatt“ wegen Verächtlichmachung des Reichspräsidenten auf 14 Tage verboten und die Beschlagnahme der Nr. 210 vom 8. September angeordnet.

## Kabinetts Stegerwald bleibt.

### Scheitern der interfraktionellen Verhandlungen.

Wie nach der Ankündigung des Herrn Stegerwald über die Stimmung in den preussischen Koalitionsparteien anzunehmen war, haben sich die Verhandlungen zwischen diesen und der Sozialdemokratie über eine Umbildung des Kabinetts Stegerwald zerfallen. Ueber die am Donnerstag abgehaltene interfraktionelle Sitzung, die im Abgeordnetenhause unter dem Vorsitz des Präsidenten Leinert stattfand und an der teilnahmen: vom Zentrum die Abgg. Herold, Brust und Grebe, von den Sozialdemokraten die Abgg. Siering, Limbergh und Bartels, von den Demokraten die Abgg. Dejer, Schreiber und Jansen (Börnide), wird folgender offizieller Bericht gegeben:

Auf Einladung des Präsidenten des Preussischen Landtages fand am Donnerstagnachmittag eine Verhandlung zwischen den früheren Koalitionsparteien, Sozialdemokratie, Zentrum und Demokraten statt. Gegenstand der Verhandlung war eine Aussprache über die etwaige Neubildung der preussischen Regierung. Nach zweieinhalbstündiger Beratung war festzustellen, daß eine Uebereinstimmung einstweilen nicht erreicht werden konnte. Die Besprechungen sollen zu gegebener Zeit fortgesetzt werden.

Ueber den Verlauf der Besprechung wird durch die BPP noch eine Reihe von Einzelheiten mitgeteilt. Dieser Bericht lautet:

Nachdem Landtagspräsident Leinert unter Hinweis auf die jüngsten politischen Ereignisse und eine Anregung des Ministerpräsidenten Stegerwald die Einberufung der Besprechung begründet hatte, wurde seitens des Zentrums zunächst die Forderung erhoben, daß der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Landtagsfraktion Abgeordneter Siering den Vorwurf widerlege, den er seinerzeit bei der Bildung des Kabinetts Stegerwald gegen die Unterhändler des Zentrums und der Demokraten erhoben habe, nämlich, daß das Kabinetts Stegerwald aus Wozbruch und Treubruch hervorgegangen sei. Abgeordneter Siering bedauerte, zu einem solchen Widerruf nicht in der Lage zu sein, da die aufgestellte Behauptung seiner festen und unwandelbaren Ueberzeugung entspräche; wohl aber sei er bereit, gemeinsam mit den Herren von den anderen Parteien eine geeignete Formulierung zu suchen, welche das Moment der persönlichen Uebeldigung ausschalte und nur den objektiven Inhalt der Behauptung ausdrückt erhalte. — Als allgemeine politische Orientierung hielten sodann Zentrum und Demokraten daran fest, daß die Neubildung der preussischen Regierung nur auf der Basis der breiten Koalition, d. h. unter Hinzuziehung der Deutschen Volkspartei stattfinden könne. Von sozialdemokratischer Seite wurde dieser Gedanke abgelehnt; es könne sich jetzt lediglich darum handeln, daß die Sozialdemokratie wieder in die preussische Regierung einträte, damit Preußen eine Regierung erhalte, welche die gleiche Tendenz und die gleiche Zusammensetzung hätte, wie das Kabinetts Dr. Wirth im Reich. Eine Vereinigung der verschiedenen Standpunkte war nicht zu finden. Präsident Leinert schloß vor, vorläufig eine Regierung der alten Koalition zu bilden und nach ihrem Zustandekommen mit der Deutschen Volkspartei über ihren etwaigen Eintritt in die Regierung zu verhandeln. Auch dieser Vorschlag wurde vom Zentrum und den Demokraten abgelehnt. Unter diesen Umständen ging die interfraktionelle Besprechung gänzlich ergebnislos auseinander, und es ist nicht anzunehmen, daß vor dem Wiederzusammentritt des Landtages, Ende September, noch irgendwelche weiteren Versuche zur Umbildung der preussischen Regierung unternommen werden.

Da inzwischen auch Präsident Leinert dem Ministerpräsidenten Stegerwald erklärt hat, daß er seine Mission als gescheitert ansehe, und Stegerwald den daraus folgenden Standpunkt gebilligt hat, daß Genosse Leinert vorläufig keine weiteren Schritte unternimmt, so kann man von einem endgültigen Scheitern der Verhandlungen sprechen, obwohl die offizielle Verlautbarung noch einen Ausblick auf spätere Verhandlungen offen läßt.

Daß die Sozialdemokratie nicht zusammen mit der Deutschen Volkspartei in ein Kabinetts gehe, war schon seit den Frühjahrshandlungen hinlänglich bekannt. Die inzwischen eingetretenen Ereignisse haben den Standpunkt der Sozialdemokratie voll gerechtfertigt, den bürgerlichen Mittelparteien aber hätten sie Anlaß sein müssen, ihren Standpunkt zu revidieren, ohne die Deutsche Volkspartei keine Kabinettsweiterung vorzunehmen. Zentrum und Demokraten hätten diese Revision vornehmen können, ohne sich dem Ladel der Inkonsistenz auszusetzen, denn durch die Umgestaltung der politischen Lage seit dem Frühjahr wäre eine Abweichung der bürgerlichen Parteien von dem damals eingenommenen Standpunkt voll gerechtfertigt gewesen. Hat sich doch in Teilen dieser Parteien dieser innere Umschwung vollzogen. So schrieb noch am Donnerstagnachmittag das bürgerlich-demokratische „Berliner Tageblatt“ in einer Besprechung der Stegerwaldschen Auslassungen:

Er (Stegerwald) spricht es zwar nicht aus, läßt es aber zwischen den Zeilen lesen, daß seiner Auffassung nach der notwendige Eintritt der Wehrheitssozialdemokratie in die preussische Regierung auch den Eintritt der Deutschen Volkspartei bedinge. Wir haben bei der Neubildung der preussischen Regierung nach den Februarwahlen denselben Standpunkt vertreten. Seitdem ist die Deutsche Volkspartei aus der Reichsregierung ausgeschlossen, die Wehrheitssozialdemokratie eingetreten. Der jetzigen Regierungskoalition im Reich steht die Deutsche Volkspartei teils abwartend, teils in Opposition gegenüber. Sie hat es abgelehnt, die scharfe Wendung gegen rechts, die die Regierungsparteien im

# Die Völkerverbundtagung.

Die gestrige Sitzung der Völkerverbundtagung eröffnete Branting-Schweden mit einer scharfen Kritik an dem Jahresbericht des Völkerverbundes. Man habe bei den Beschlüssen des Völkerverbundes verschiedentlich das Gefühl, daß sie nicht vom Völkerverbund selbst, sondern von anderer Stelle gefaßt worden seien. Mit besonderem Nachdruck forderte Branting, daß die Völkerverbundtagung das Hauptorgan des Bundes bleiben müsse. Man geht wohl in der Annahme nicht fehl, daß Branting damit sagen wollte, wichtige Streitfragen, deren Schlichtung dem Völkerverbund anvertraut worden sei, seien allzu oft Kommissionen überwiesen worden, deren sachliche Eignung nicht immer die beste gewesen sei.

Lord Robert Cecil-England verfuhrte die Angriffe zu mildern. In der oberschlesischen Frage gab er folgende Erklärung ab: Ich will nichts in der Sache selbst sagen, aber die Hoffnung aussprechen, daß der Völkerverbund nicht nur eine völlig gerechte Lösung finden wird, was selbstverständlich ist, sondern eine Lösung, die aller Welt gerecht erscheint. Denn es genügt nicht, daß eine Lösung gerecht ist, sie muß auch als gerecht empfunden werden.

Den polnisch-litauischen Konflikt in der Wilna-Frage und seine lange Dauer nannte Cecil einen internationalen Skandal, der den Weltfrieden gefährde. Die Brüsseler Verhandlungen führten bekanntlich zu keiner Einigung. Ein neuer Vermittlungsvorschlag des Völkerverbundes sieht in militärischen und außenpolitischen Fragen eine Art Konvention zwischen Litauen und Polen vor und gibt dem Bezirk Wilna eine gewisse Autonomie unter litauischer Kontrolle.

In der Mandatsfrage (Zuteilung der ehemals deutschen Kolonien), die zu Reibereien mit den Vereinigten Staaten geführt hat, schob er die Schuld an der Verzögerung eines Übereinkommens Amerika zu und suchte den Völkerverbund von dem Vorwurf zu reinigen, die Mandatsausübung sei nur eine verdeckte Annexion.

In der Abrüstungsfrage, die über das Stadium der schönen Reden noch nicht hinausgekommen ist, bemerkte Cecil, man rüfte weiter, weil ein Staat vor dem anderen Angst habe. Der Völkerverbund könne seine Feinde nur von seinem Wert überzeugen, wenn er mutig auf dem Wege der Abrüstung fortgeschreite.

Die fünfte Kommission für die politischen Angelegenheiten trat gestern zusammen, um die Aufnahmefähigkeit Ungarns, Lettlands, Litauens und Estlands zu besprechen. Es wurde eine Unterkommission von 7 Mitgliedern ernannt, die in jedem einzelnen Falle folgende 5 Fragen zu beantworten hat: 1. Ist das Aufnahmefähigkeit an den Völkerverbund regelmäßig erfolgt? 2. Ist die Regierung de jure oder de facto anerkannt? 3. Besitzt das Land eine regelmäßige Regierung, bestimmte Grenzen und wie groß ist die Bevölkerung? 4. Wird das Land selbständig regiert? 5. Welche Handlungen seiner Regierung liegen vor a) über internationale Verpflichtungen, b) in betreff der Vorschläge des Völkerverbundes über die Rüstungsfragen. Der Bericht des Unterkommissschusses soll die Grundlage für die allgemeine Debatte in der Vollsitzung des Ausschusses bilden.

Vor Schluß der Sitzung, die, wie bisher alle Kommissions-sitzungen, geheim war, betonte Lord Robert Cecil, daß die Kommission das Recht habe, öffentlich zu tagen, da nach der Geschäftsordnung alle Verhandlungen zwar geheim sein sollen, aber nur, wenn nichts anderes beschlossen werde. Lord Robert Cecil beantragte infolgedessen, daß in Zukunft die Vollsitzungen der sechs Kommissionen öffentlich sein müssen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Zwischenfall zwischen Bolivien und Chile soll der „Suisse“ zufolge einer Lösung entgegengehen. Beide Völker sollen sich, so heißt es, damit einverstanden erklärt haben, den Streitfall vor einen Ausschuss zu bringen, welcher prüfen soll, ob die Angelegenheit dem internationalen Gerichtshof zu unterbreiten oder durch den Völkerverbund selbst zu regeln sei.

Reich in voller Geschlossenheit vollzogen haben, mitzumachen. Einige Aeußerungen volksparteilicher Führer, die auf eine Wandlung deuteten, wurden nachher abgelehnt. Der Kampf des rechten gegen den linken Flügel verhindert eine entschiedene Stellungnahme. Was die Stunde verlangt, ist aber eine preussische Regierung, die der Reichsregierung homogen ist, weil nur dadurch eine reibungslose Zusammenarbeit in der jetzigen gefährlichen Situation ermöglicht ist. Die Schwierigkeit der bayerischen Frage wird, wie man auf beiden Seiten empfindet, durch den Mangel an Homogenität zwischen bayerischer Regierung und Reichsregierung erhöht. Wollte man also jetzt auf der Hinzunahme der Deutschen Volkspartei in Preußen bestehen, so würde dadurch die Situation nicht erleichtert, sondern belastet. Es scheint uns unumgänglich, daß zunächst durch den Eintritt der Mehrheitssozialdemokratie, die hoffentlich die Fehler ihrer früheren Antragsfassung nicht wiederholen wird, dem Bedürfnis des Augenblicks genügt, und daß dann von der Entwicklung im Reich die weitere Ausgestaltung auch der preussischen Regierung abhängig gemacht wird.

Dieser Standpunkt deckt sich fast genau mit dem Vermittlungsvorschlag, den Genosse Leinert nach dem Bericht der SPD. noch in letzter Minute gemacht hat, der aber beziehungsweise von den Demokraten selber und dem Zentrum abgelehnt worden ist. Vielleicht wird in der Partei die Meinung aufkommen, daß auch dieser Vermittlungsvorschlag schon ein zu weites Entgegenkommen bedeutet habe. Er hat jedenfalls das eine Gute gehabt, die bürgerlichen Mittelparteien restlos ins Unrecht zu setzen und den Widerspruch der von den preussischen Fraktionen des Zentrums und der Demokraten betriebenen Politik mit der Meinung eines großen Teils ihrer eigenen Parteifreunde aufzuheben. Denn wie das „B. L.“ zutreffend bemerkt, ist kein oben wiedergegebener Standpunkt auch sonst in der demokratischen Presse und in Zentrumsbüchern vertreten worden.

Diesen Widerspruch aufzuheben, ist keine agitatorische Spielerei, sondern es steht eine ungeheuer ernste Frage dahinter, ob nämlich Zentrum und Demokraten die Politik des Reichskabinetts Birth unterstützen wollen oder nicht. Ihr gestriges Verhalten in der preussischen Regierungsfrage ist das Gegenteil einer Unterstützung. Dies muß den beiden Parteien kurz über lang zum Bewußtsein kommen, und insofern kann man von dem gestrigen Tage sagen, daß das Scheitern der Verhandlungen die preussische Regierungsfrage in keiner Weise gelöst, sondern erst recht akut gemacht hat.

## Kommunistischer Unsinn.

Aus Halle wird uns geschrieben: Unter dem 2. September hatte die Bezirksleitung der KPD. Halle-Merseburg einen neuen Offenen Brief an das hiesige Gewerkschaftsamt, an die SPD., die U.S.P. und an andere Arbeiterorganisationen gerichtet. In diesem Offenen Brief wurde das Gewerkschaftsamt aufgefordert, alle Lohnbewegungen einheitlich zu führen, für eine mindestens 100prozentige Aufbesserung der Löhne, Gehälter und Unterführungen einzutreten, eine allgemeine Demonstration einzuleiten, eine sofortige Konferenz aller Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte anzuberaumen und beim A.D.B. die schleunige Einberufung eines Reichsbetriebsrätekongresses zu beantragen. Ferner wurden SPD., U.S.P., Mieterbund, Kriegsbeschädigtenverbände und einige syndikalistische Vereinigungen unseres Bezirks zu einer Sitzung eingeladen. Es war vorausgesetzt, daß diese neue Aktion der Kommunisten, die nur rein parteipolitischen Bedürfnissen entspreche, wegen ihrer Sinnlosigkeit und Undurchführbarkeit auf härtesten Widerstand stoßen würde. Nachdem unser Parteiblatt, die „Volkstimme“, bereits am Montag die durchsichtige Tendenz des neuen kommunistischen Angebotes bloßgestellt und eine scharfe ablehnende Stellung zum Ausdruck gebracht hatte, ist das hiesige unabhängige Organ denselben Weg bei der Beurteilung des Offenen Briefes gegangen und hat sich gegen diese kommunistische Aktion, die sie als Bauernfang bezeichnet, gewandt. In einer besonderen offiziellen Antwort der U.S.P. in Halle wird das Vorgehen der Kommunisten als elende Heuchelei bezeichnet, das nur dazu angetan

ist, Verwirrung in die Reihen der Arbeiterschaft zu tragen. Auch das hiesige Gewerkschaftsamt tritt in einem Schreiben, welches heute in der sozialistischen Presse von Halle veröffentlicht wird, mit gleicher Schärfe gegen das Anstehen der Kommunisten, sich als Werkzeug parteilastiger Bestrebungen benutzen zu lassen, entgegen. Die ganze sinnlose Aktion, die dem vermorsten kommunistischen Parteikörper neues Leben einflößen sollte, ist somit zu Schall und Rauch geworden.

## „Die Veruneinigten“.

Die kommunistische Abgeordnete Frau Wackwitz ist aus der kommunistischen Reichstagsfraktion ausgetreten und bleibt vorläufig als „Wilde“ im Reichstag. Den gleichen Schritt hat bereits vor einiger Zeit der kommunistische Abg. Teuber unternommen, so daß es jetzt drei kommunistische Richtungen allein im Reichstage gibt, und zwar: die eine Richtung verkörpern die vier aus der kommunistischen Partei ausgeschlossenen Abgg. Levi, Geyer, Dümel und Reich, die zweite wird von den beiden kommunistischen „Wilden“ gebildet und in der dritten Richtung verbleiben die übrigen Kommunisten, zu denen noch der Abg. Herzfeld (Medlenburg) gehört, der von seinem Wahlkreise vor wenigen Wochen als unabhängig zur Bekleidung öffentlicher Ämter erklärt wurde.

## Verhöhnung der Reichsflagge.

Offenbar ermutigt durch die bayerische Fronde ist die „Kreuzzeitung“ wieder bei ihrer alten Manier der Verächtlichmachung der Republik und ihrer Einrichtungen angelangt. Sie berichtet einen Vorfall aus Bogota, der Hauptstadt der südamerikanischen Republik Kolumbien. Dort hatte der deutsche Vertreter Dr. Roland aus Anlaß des kolumbianischen Nationalfestes die Reichsflagge gehißt, und wie sich das für einen Beamten der Republik selbstverständlich gehört, die geltende Reichsflagge schwarzrotgold. Einige Weißdeutsche in Bogota wollten den deutschen Vertreter mit Gewalt zwingen, die schwarzrotgoldene Fahne durch die schwarzweißrote zu ersetzen, die sie bereits zu diesem Behuf mitgebracht hatten. Dieses Vorgehen findet den Beifall der „Kreuzzeitung“. Unerhört findet sie es dagegen, daß der bedrohte Beamte zum Schutze gegen die alldeutschen Dummel polizeiliche Hilfe erbat, die ihm auch alsbald gewährt wurde. Ihre besondere Verachtung der Reichsfahne drückte die „Kreuzzeitung“ dadurch aus, daß sie beständig von der schwarzweißroten „Fahne“, aber von dem schwarzrotgoldenen „Tuch“ redet und das Hissen der Reichsflaggen als „neudeutsche Blamage“ bezeichnet. Das ist die Illustration zu der Beteuerung der reaktionären Presse, daß sie gar nicht daran denke, die Republik und ihre Wahrzeichen absichtlich verächtlich zu machen.

## Die Vorschläge des Wohnungsausschusses.

Der vom Wohnungsausschuss des Reichstages eingesetzte, aus Reichstagsmitgliedern und Sachverständigen bestehende Unterausschuss hat seine Arbeiten zur Begutachtung der Vorschläge über die künftige Organisation des Mietwohnungswesens und Beschaffung der Mittel zum Wohnungsbau vorläufig beendet. Die Mehrheit beschloß, dem Ausschuss zu empfehlen, daß der Vorschlag des Stadtrats Hofmann-Leipzig über die Begründung von Wohngenossenschaften zur Verwaltung der vorhandenen Wohnungen des gewerbmäßigen Hausbestandes näher geprüft werden soll. Weitergehende Vorschläge des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes fanden keine Mehrheit. Die Beratungen über die Organisation der Baustoffverwirtschaftung soll demnächst fortgesetzt werden. Zur Aufbringung der Mittel für die weitere Finanzierung der Bautätigkeit soll dem Ausschuss eine Erhöhung der Wohnungskasse unter der Voraussetzung vorge schlagen werden, daß gleichzeitig geprüft wird, inwieweit aus der Rohstoffproduktion Mittel für diesen Zweck flüssig gemacht werden können.

England und Irland. In der Antwort der britischen Regierung an die Valera wird an diesen die Frage gerichtet, ob er bereit sei, am 20. d. M. an der Konferenz in Inverness teilzunehmen.

## Der Ring des Polykrates.

### Ein Schulaussatz.

Das übliche Schulaussatzthema: Freie Behandlung der Ballade „Der Ring des Polykrates“, greift ein Untertertianer in der folgenden Form an, der man eine gewisse dramatische Originalität nicht wird absprechen können. Die Echtheit alles „Nachzählens“ ist hier produktiv überwunden.

Eine Unterhaltung in der Küche des Polykrates. (Auf der Insel Samos, in dem Schloße des mächtigen und glücklichen Königs Polykrates. In einer wunderbaren, weißen Küche. Überall glänzen prächtige Kasserollen. M. Coquin — der Koch; Anna — Köchin; Marie und Martha — Wirtschafterinnen; Pid — Kochjunge.)

M. Coquin: Der König hat einen Gast aus Ägypten; er will was Ägyptisches essen. Was köchen wir nur! Pid: Machen wir ihm ein Nilpferd zu Mittag. Anna: Ach, hör doch auf mit deinem Quatsch! Pid: Er kann sich eins leisten, so ein Gluckspilz hat Geld genug.

Marie (steht am Fenster und trocknet Teller ab): Da kommt der Fischer.

Martha: Mit einem schrecklich großen Korb.

Fischer: Guten Morgen, meine Herren. Ich habe einen Fisch gefangen, wie ich ihn seit 20 Jahren nicht gesehen habe.

Pid: Einerlei, wir brauchen etwas Ägyptisches. Der König will es haben.

Fischer: Das ist noch besser als ägyptisch, das ist wohl ein russischer Fisch?

M. Coquin: Zeigen Sie bitte den Fisch.

Fischer (nimmt einen sehr großen Fisch heraus): Da ist er.

Martha: Au, ein Haifisch, er heißt! (Läßt den Teller fallen.)

Anna: Hör auf, dummes Weib!

M. Coquin: O ja, das ist besser als ein Nilpferd.

Fischer: Klar, es ist besser. Er kostet 1000 Mark.

M. Coquin: Für unteren glücklichen, reichen König spielen 1000 Mark keine Rolle. Da haben Sie das Geld.

(Der Fischer geht weg.)

Anna: Marie, gib schnell die Wage und das Messer her.

M. Coquin: Laß mich Anna! Diesen Fisch will ich selbst zerhacken. (Er schneidet den Fisch, und unterdessen steht Pid einen Kuchen in den Mund.)

Martha: Pid hat wieder einen Kuchen gekauft!

Pid (mit vollem Mund): Du hast gestern vier süßigt.

M. Coquin: Ach, das spielt ja keine Rolle.

Anna: Nein, ich erlaub nicht, daß Ihr hier Kuchen kauft.

M. Coquin: Mein bestes Solinger Messer ist zerbrochen! Das ist ein kaisischer Fisch.

Pid: Ach, das spielt ja keine Rolle.

M. Coquin (zieht aus dem Magen des Fisches einen wunder-

baren Ring hervor): Mein Gott, der königliche Ring! Wie kommt er in des Fisches Magen?

Alle: Was, ein Ring, ein königlicher Ring?

M. Coquin: Ja, der Ring, den der König immer trägt.

Marie: Hat der König seinen Ring in die See geworfen?

Anna: Das Glück verflucht ihn nicht.

M. Coquin: Pid, Zylinder und Frack her! Ich gehe zum König.

(Der Koch geht weg.)

Martha: Das ist nicht gerecht; seine kostbaren Ringe wirft der König heraus und uns zahlt er so ein kleines Gehalt.

Marie: Du hast recht.

Pid: Ja, der König ist nicht gerecht.

Anna: Ich diene ihm nicht mehr.

Martha: Er ist ein schlechter Monarch.

Marie: Ein Tyrann.

Pid: Hoch die Revolution!

Alle: Wir gehen los!

(Sie verlassen die Küche.)

Das Fabrikfino. Eine Statistik hat ergeben, daß in Amerika heute schon nicht weniger als 44 000 Kirchen — davon 17 000 katholische — ihre Pforten dem Film geöffnet haben. Szenen aus der Bibel, in heller Leinwandstrahl erhellende Rituale und keine Schauspielerei mit religiöser Tendenz sollen den Götzen unterstehen und die Gotteshäuser wieder anziehender machen. Nach der Seite der Andacht hat sich der Film nun in Amerika auch die der Arbeit erhoben. Das mutet auf den ersten Blick doppelt erstaunlich an, in einem Lande, in dem man die raffiniertesten Systeme erfunden hat, um die Kräfte des Fabrikarbeiters auch auf das letzte Minutenstückchen auszunutzen. Hat man doch Frauen die Beschäftigung von Fabrikräumen verboten, nur weil das Rauchschauen der Arbeiter einen Arbeitsverlust kosten könnte. Und nun soll in den geheiligten Fabrikräumen gar geflimmert werden?

Des Rätsels Lösung liegt auf psychologischem Boden. Indem man den Arbeitern in den Pausen ein Filmstückchen oder eine interessante Fiktion vorführt, will man ihre Nerven aufreizen, Ermüdungserscheinungen verschweigen, kurz stimmungsfördernd wirken. Die Zeit vor der Pause verfließt so ob des bevorstehenden Lichtspiels von ihrer Einseitigkeit. Und wer eben ein fröhliches Spiel mit angeleben hat, wird selbst guter Stimmung. Dements sind eine Reihe von Adressen dazu übergegangen, in den Räumen, in denen die Arbeiter ihren Lenz einnehmen, die große Leinwand auszuspannen. Sicher ist es verflucht, heute schon der Frage näher zu treten, wann das Fabrikfino nun auch zu uns kommen wird. Solange die amerikanischen Arbeitssysteme in unsere Fabriken nicht eingedrungen sind, sind auch die amerikanischen Stimmungsmittel nicht vorzuden.

Das Gewissen des Künstlers. Eine Geschichte, die von dem greisen Altmeister des Impressionismus Claude Lorraine, die das strenge Gewissen dieses Malers seinen Werken gegenüber beleuchtet, wird im „Courrier de la Semaine“ erzählt. Ein Bildhändler besuchte kürzlich den Meister in seinem Atelier zu Giverny und zeigte ihm

ein Bild aus seiner Jugend, das datiert und signiert war. Das Werk, das noch ganz unter dem Einfluß Courbets stand, zeigte deutlich die Schwächen des Anfängers. Monet betrachtete sich das Bild aufmerksam, dann löst er einen Fuch aus und bringt ihm mit einem Faustschlag ein großes Loch bei. „Darauf war ich noch ein elender Stümper“, schreit er wütend. Der Händler scheint ganz untröstlich über die Vernichtung des Bildes und erklärt jammernd: „Ich hatte es so teuer bezahlt, nicht wegen seines Wertes, sondern wegen der Signatur. Sie müssen mir den Schaden ersetzen, Meister.“ „Wählen Sie sich was aus“, sagt Monet verächtlich und weist in eine Ecke des Ateliers, wo ein Haufen Bilder aufeinanderliegt. Der Händler läßt sich das nicht zweimal sagen, sucht lange und geht unter Dankesbezeugungen mit einem reifen Wert des Meisters fort. „Du läßt dich doch immer von den Händlern ansprechen“, sagt zu Monet ein Freund, der zugegen war. „Der Mann hat doch das Bild bloß gekauft, um diese Szene hervorzurufen.“ „Denkst du, das weiß ich nicht auch?“ antwortet der Meister. „Aber mir ist das ganz recht. Ich wünschte, ich wäre reich genug, um alle meine alten schlechten Bilder auf diese Weise vernichten zu können.“

Das Land der Freiheitsstatue. Eine Bewegung, Eugene A. Debs, den sozialistischen Kandidaten für die Präsidentschaft, der wegen eines Vergehens gegen das Spionagegesetz immer noch im Gefängnis sitzt, freizubekommen, wird von sozialistischer Seite neuerdings ins Werk gesetzt. Der sozialistische „Kämpfer“ hat den englischen Dichter Bernhard Shaw, der als einer der Mitarbeiter an einer vor Jahresfrist erschienenen Schrift „Debs und die Dichter“ seiner tiefen Sympathie für das Schicksal von Debs Ausdruck gegeben hatte, gebeten, an dieser Kampagne teilzunehmen. Shaw hat mit folgendem Brief abgelehnt:

„Wenn man schon Mr. Debs für eine außerordentlich milde Bemerkung ins Gefängnis gesperrt hat, wie würde man da erst mit mir verfahren, der vor der Öffentlichkeit nie den Mund aufkaut, ohne Dinge zu sagen, die Mr. Debs bis auf den Grund seines empfindlichen Herzens hochkieren würden? In den elektrischen Stuhl mich legen, womöglich.“

Nein. Ich weiß, wo ich sicher bin, und das ist außerhalb Amerikas. Sie erinnern sich wohl, was ich den Kaiser in meinem Kriegslied gesagt habe: „Die Freiheitsstatue ist schon an ihrem rechten Ort — auf dem Grab der Freiheit.“ Hatte ich so sehr unrecht?“

Wahl. Die unter Paul Scheinpfug kaisertumden Simonis-fongerie mit dem Wähler-Ordnung werden in der kommenden Saison in erweiterter Form fortgesetzt. Sie finden im November statt. Neben den großen Einwohnern finden auch eine Anzahl Urwälderungen statt.

Dem klassischen Theater ist die sehr stark beschränkte Groß-Berliner Bühne für das Novembersemester im Oktober bestimmten Winterzeit folgende Vorstellungen zur Verfügung: Im Großen Schauspielhaus an Sonntagsnachmittagen Schillers „Mäurer“ und alle anderen dort gegebenen Stücke; in der Volksbühne Schillers „Mäurer“, König Lear; im Schiller-Theater Kleists „Prinz von Homburg“, Schillers „Ein Wintermärchen“, Shakespeares „Die Stürze der Cressida“; im Kleinen Schauspielhaus Goethes „Faust“, Shakespeares „Cymbeline“ in allen ersten Theatern. Opernvorstellungen im Deutschen Opernhaus an Sonntagen und Wochentagsnachmittagen: „Die Schöpfung von Sargon“, „Der Willkür von Sargon“, „Der Troubadour“, „Die lustigen Weiber von Windsor“, „Ridello“, „Rigoras Hochzeit“, „Der Wintermann“. Vorstellungen in fast sämtlichen Groß-Berliner Schulen. Prospekte von der Geschäftsstelle, Breitenburger Str. 16.

Die Stadtverordneten zum Fall Rudolph-Franzke

Die in der Presse vor einer Reihe von Wochen erörterte Affäre des in der Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte angestellte Dr. Rudolph-Franzke kam gestern endlich auch in der Stadtverordnetenversammlung zur Besprechung. Anfragen der Deutschen Volkspartei und der Demokratischen Partei erzielten den Magistrat um Auskunft, die dann durch drei Magistratsmitglieder so erschöpfend gegeben wurde, daß von der ganzen Aktion nicht viel übrig blieb. Bergeblisch mährten sich Demokraten, Deutschnationale und Deutsche Volkspartei, an Hand dieses Falles eine allgemeine „Mißwirtschaft“ bei der Kriegsbeschädigtenfürsorge glaubhaft zu machen. Mit den Kommunisten und Unabhängigen wies auch die sozialdemokratische Fraktion diese Versuche zurück, von denen unser Redner sagte, daß sie nur aus dem Bedürfnis der Wahpropaganda zu erklären seien. Der Vorschlag, die Geschäftsführung der Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte durch einen Ausschuss prüfen zu lassen, fand die Zustimmung aller Fraktionen.

Sitzungsbericht.

Auch die heutige Sitzung beschäftigten zunächst Dringlichkeitsanträge. Von der linken Seite wird die Aufhebung der Verordnung über den Auktionshäusereschluß bzw. die alsbaldige Zustimmung der Versammlung zu dem Spruch des Schlichtungsausschusses zwecks Vermeidung eines Streiks der städtischen Gas- und Elektrizitätsarbeiter gefordert; beide Anträge stoßen bei der Mehrheit auf Widerstand und kommen daher heute nicht zur Verhandlung.

Die D. Vp. hat beantragt, den Magistrat zu ersuchen, bei der jetzt erfolgten Neuorganisation der Zuschüsse für Privatschulen auch für eine angemessene Erhöhung der Bezüge der Schuldner, Heizer und des Reinigungspersonals Summen in die Vorlage einzustellen. Der Antrag, den die äußerste Linke mit Gelächter aufnimmt, wird als dringlich anerkannt und gelangt sofort zu einstimmiger Annahme.

Dr. Caspari (D. Vp.) teilt mit, daß seine Fraktion auf die Einbringung eines Dringlichkeitsantrages betr. die planmäßige Stärkung der Zusammenkünfte und Wohltätigkeitsveranstaltungen der Deutschen Volkspartei verzichte, da der Polizeipräsident für Montag eine Besprechung dieser Vorkommnisse mit Vertretern aller Parteien angefragt habe.

Hierauf tritt die Versammlung in die Tagesordnung ein und wendet sich nach Erledigung einiger Gegenstände von minderer Bedeutung der Beantwortung der Anfragen zu, die am 4. August von der Deutschen Volkspartei und von den Demokraten gestellt worden sind und die Geschäftsführung der Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte bzw. die darin angeblich jutage getretenen „groben Mißstände“ und die Anstellung und Entlassung des juristischen Hilfsarbeiters

Dr. Rudolph-Franzke

betreffen. Kröppelin (D. Vp.) begründet die Anfrage seiner Partei. Er beschuldigt den Stadtrat Stolt, seine Amtspflicht vernachlässigt zu haben; Dr. Rudolph sei seine rechte Hand gewesen. Tatsächlich habe der Magistrat den Herrn Dr. Rudolph, der diesen Namen zu führen gar nicht berechtigt war, fristlos entlassen müssen. Nichts liege an der Persönlichkeit des Herrn Franzke, auch nichts an Herrn Stolt; es komme auf das System an: Vertreter einer Partei, die bloß mit der Faust die Welt regieren wollen, gehören in solche Kenter nicht hinein. Da zugleich eine Magistratsvorlage wegen Neuorganisation von Stellen in der Hauptfürsorgestelle der Kriegsbeschädigten- und Kriegerhinterbliebenenfürsorge zur Erörterung steht, die Ausschussberatung erfordert, so beantragt der Redner, diesem Ausschuss auch die Befugnis zu übertragen, die bisherige Geschäftsführung der Hauptfürsorgestelle einer Prüfung zu unterziehen.

Stadtsyndikus Dr. Lange trägt ausführlich den Sachverhalt vor, soweit er die Persönlichkeit des Dr. Rudolph-Franzke betrifft. Der Herr, der in Erlangen rite promoviert hat, ist auf Grund seiner Bemerkung und seiner Zeugnisse am 21. März 1921 angestellt worden. Seine fristlose Entlassung mußte erfolgen, da nach den angestellten Ermittlungen die Führung eines Namens, zu dem er nicht berechtigt war, das Verschweigen der Tatsache, daß er ein Kriegsbeschädigter war, und die Nichtverwendung eines ihm zur

Abtragung einer Schuld auf seinen Antrag überwiesenen Rentenvorschusses von 3500 M. für den gedachten Zweck feststand.

Stadtrat Stolt wendet sich in eingehender Darlegung gegen die Angriffe des Stadtsyndikus Kröppelin. Er erklärt zunächst, daß er für die von ihm als Leiter der Stelle erlassenen Verfügungen die volle Verantwortung übernimmt, daß ihm das Dezernat zugewiesen worden sei, als er krank lag, daß er sich zur Information des Material ins Schöneberger Krankenhaus habe schicken lassen, daß er am Tage seines Dienstantritts bestimmt habe, daß sämtliche Eingänge ihm vorzulegen seien, bevor sie in den allgemeinen Geschäftsgang gehen. Diese Anordnung sieht er als etwas Selbstverständliches an, ebenso seine Anweisung an Dr. Rudolph, die Eingänge zu prüfen und auf die einzelnen Dezernate zu verteilen. Im weiteren verteidigt er seine Amtsführung, die durchaus von dem Bestreben getragen worden sei, die sozialen Mißstände, die auf diesem Gebiete vorliegen, möglichst zu mildern. Lagen solche vor, so kommen sie auf das Konto der alten, der früheren Verwaltung. Von einer

Kommunistischen Zentrale in der Hauptfürsorgestelle

kann keine Rede sein. Zur weiteren Klärung der Dinge wird die gerichtliche Verhandlung der Klage dienen, die der Magistrat auf Anregung des Redners in der Sache gegen die „Deutsche Tageszeitung“ anstrengen wird.

Vom Oberbürgermeister Böß wird bestätigt, daß den Stadtrat Stolt wegen seiner angefochtenen ersten Verfügung ein Vorwurf nicht trifft. Wenn dann angedeutet worden sei, daß die Reichsregierung auf den Magistrat eingewirkt habe, um ihn zu der von ihm vorgelegten Neuordnung der Stelle zu veranlassen, so sei diese Annahme hinfällig; es handle sich um die eigene Initiative des Magistrats.

Die Versammlung beschließt, in eine Erörterung der Angelegenheit einzutreten. Wertens (Dem.) behandelt vornehmlich die in der Presse besprochenen Fälle, in denen Stadtrat Stolt den Kriegsbeschädigten ungebührlich eingegengelt sein soll, um daraus den Schluß zu ziehen, daß der Leiter der Stelle kein Vertrauen verdient, und schließt mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß die geplante Neuorganisation nicht im Geiste des Herrn Stolt ausfallen werde.

Stadtrat Stolt verliest zur Widerlegung die von ihm in diesen Punkten erstatteten amtlichen Berichte.

Nachdem Schulze (Dnat.) die Angriffe Wertens noch unterstrichen, führt Bräuner (Soz.) aus, daß es darüber keinen Streit gebe, daß die Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge durchaus in sozialem Sinne wahrgenommen werden muß. Tatsächlich stehe in Berlin diese Fürsorge auch auf der Höhe der Zeit; nur ganz vereinzelt seien die Beschwerden, und die hervorgetretenen Mängel sei man zu beseitigen bemüht. Daß der Magistrat einmal jemand noch nicht genügender Prüfung auf einen immerhin verantwortungsvollen Posten gestellt hat, könne man ihm nicht zum Vorwurf machen. Ihr Urteil behalte sich die Partei bis nach Abschluß der Ausschussverhandlungen vor. Aus der Führung eines doppelten Namens einen Vorwurf herzuleiten, hätte gerade die Rechte die geringste Veranlassung. Wis 1848

Prinz Wilhelm von Preußen unter dem Namen Lehmann

als Postillon verkleidet ins Ausland stach, habe man daran — keinen Anstoß genommen, und die Köpenickische des „Hauptmanns“ Schulmacher Boigt sei doch auch noch unversehrt. Man mache hier um einen Einzelfall doch nur deshalb so viel Aufhebens, weil es sich um den Kommunisten Stolt handle.

Auch Ranasse (U.S.) findet, daß hier heute viel Zeit vertan und viel Geräusch gemacht wurde „um eine Dmelette“. An der weiteren Erörterung beteiligen sich noch Dörr (Komm.), sowie wiederholt Wertens, Kröppelin und Stadtrat Stolt. Darauf wird die Magistratsvorlage in einen Ausschuss verwiesen und diesem auch die von der Deutschen Volkspartei beantragte Befugnis erteilt.

Die Vorlage wegen Uebnahme der Bürgerschaft für eine Hypothek von einer Million Mark auf die 18 Einfamilienhäuser des Heimstätten-Bauvereins Neu-Heiligersee, S. 6. m. b. H. geht an einen Ausschuss, der Antrag der Kommunisten wegen Unterstützung der Erwerbslosen usw. während der kommenden Wintermonate an den ständigen Ausschuss für Erwerbslosenfürsorge.

Nach 8 Uhr erfolgt der Schluß der öffentlichen Sitzung.

Die Knüppelgarde.

Welch sonderbare Auffassung die Deutschnationalen von den Rechten Anderdenkender in einer öffentlichen Versammlung haben, lehrt ein Vorfall, über den uns folgendes mitgeteilt wird:

Am Mittwochabend fand in der Brauerei Königstadt am Schönhauser Tor eine von der Deutschnationalen Volkspartei einberufene öffentliche Wählerversammlung statt. Unsere Genossen waren in stattlicher Anzahl frühzeitig erschienen. Bereits eine Stunde vor Eröffnung wurden, anscheinend von einem Vorstandsmitglied der Deutschnationalen Volkspartei, die Genossen unter Hinweis auf den Handfrießensbruchparagrafen aufgefordert, den Saal zu verlassen. Unsere Genossen verwiesen auf die öffentliche Belästigung. Nun wurde die Schupo herbeigeholt, die verlangte, daß innerhalb zehn Minuten der Saal von unseren Genossen verlassen sein müßte. Durch Verhandlungen mit dem Leiter der Versammlung wurde schließlich erreicht, daß unsere Genossen im Saal bleiben und uns ein Korreferat zugestanden wurde. Das Versammlungslokal wurde aber abgesperrt. Die Ausführungen der ersten Referentin, die indirekt mit dem Wort an Erbsberger verkehrte, wurden trotzdem noch mit Ruhe angehört. Erst als der zweite Referent, ein Herr Kaufmann, auf Zwischenrufe die Parteigenossen mit Geständel, Wöbel und dergleichen tituliert und provozierend gekiffelte, wurde die Versammlung erregt und artete schließlich zu Prägeleien aus, da der deutschnationale „Selbstschuß“ mit Summknüppeln und Schlagringen auf die Parteigenossen einschlug. Ein Vanklebrügel handierte mit einem Revolver. Einer der Schläger wurde auf Verlangen unserer Genossen festgesetzt. Es handelt sich um einen Albert Seidemann, Raumerstr. 31. Das Versammlungslokal wurde schließlich durch die Polizei geräumt.

Man ersieht daraus, mit welcher rücksichtslosen Mitteln die Reaktion vorgehen vertritt, wenn sie durch unangenehme Besucher ihrer „öffentlichen“ Versammlungen in die Lage gerät, sich vor einem größeren Streik verantworten zu müssen.

Zu diesem uns zugegangenen Bericht wird uns noch von anderer Seite ergänzend mitgeteilt, daß mit der deutschnationalen Versammlungsleitung ein Abkommen getroffen worden war, nach dem den zahlreich anwesenden SPD-Angehörigen für die Aussprache ein Redner zugestanden wurde. Auch in diesem Bericht wird lebhaft Klage über das unerhörte Verhalten des Herrn Kaufmann geführt, der sich wie ein echter Renommierheld hinstellte und den Segnern zuschrie: Ich bin mit den Franzosen und Engländern im Krieg fertig geworden und werde auch mit Ihnen fertig werden.

Ganz obsonderlich aber müssen sich diese Vorkommnisse in dem Köpchen des Berichterstatters der von W.B. herausgegebenen Berliner Lokalnachrichten spiegeln. Die genannte Korrespondenz läßt, nachdem sie darüber berichtet hat, daß „mehrere hundert Personen verhaftet hatten, eine Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei im Böhmischen Brauhaus zu stören“, sich also vernehmen: „Ähnlich erging es einer zweiten Versammlung der Deutschnationalen in der Brauerei Königstadt in der Schönhauser Allee. Hier versuchten gegen 8 1/2 Uhr abends radikale Elemente, in den Versammlungsraum einzudringen. Auch hier gelang es der Schuppolizei, die Ruhestörer zu zerstreuen, wobei vier der Hauptschreiber festgenommen wurden.“ Den richtigen Hergang und Verlauf erzählt man aus dem obigen Bericht. Wenn man sich die „radikalen Elemente“, mit denen das Spektakel gaulisch gemacht werden soll, genauer ansieht, dann merkt man, daß die Elemente die ersten vier Buchstaben Elem zu viel sind. Streicht man sie weg, so bleibt eine ... Ente übrig.

Welcherin erfahren wir noch, daß gestern (Donnerstag) abend zu 1/8 Uhr von der Deutschnationalen Partei, Arbeitergruppe Norden, nach dem Hause Greisenhäger Straße 20, eine öffentliche Versammlung einberufen war. Auf den dafür verbreiteten Handzetteln waren Segner ganz besonders eingeladen. Die Segner fanden sich auch sehr zahlreich ein in Gestalt von 200 SPD-Parteigenossen. In dem Maß, wie unsere Genossen in die Erscheinung traten, schwanden die deutschnationalen „Arbeiter“ aus dem Saal, bis unsere Genossen nebst einigen anderen Gästen allein übrig blieben. Um 1/8 Uhr jedoch erschien die freundliche Sipo und veranlaßte die „Auflösung“ der Versammlung, trotzdem sie erst zu 1/8 Uhr einberufen war. Heiden sind diese Deutschnationalen — Heiden!

Verein Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer. Kofaktion! Freitag, den 9. September, abends 6 Uhr, pünktlich, im Gewerkschaftshaus (Restaurationsräume) Versammlung. Jeder hat zu erscheinen. Gustav Hof. Abt. Waffini.

Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

„Ihr Fall ist noch keineswegs klar oder erledigt.“ sagte der Untersuchungsrichter zu ihm. „Ihr Geständnis, daß Sie das Dokument mit dem Namen der Frau von Marisch unterschrieben haben, bleibt bestehen. Ob Ihre Unterschrift zu Recht erfolgt ist, das wird erst die Einvernahme der Frau von Marisch erweisen. Aber da sich niemand als geschädigt erklärt und da Sie, der Sie sich selbst bezichtigt haben, nicht fluchtverdächtig sind, steht dem nichts im Wege, daß ich Sie aus der Untersuchungshaft entlasse. . . Herr Schriftführer, protokollieren Sie: Da gegen den Beschuldigten ein Fluchtverdacht nicht vorliegt und da die Untersuchung außerdem Momente ergeben hat, die die Tat des Beschuldigten in einem milderen Licht erscheinen lassen, wurde die über ihn verhängte Untersuchungshaft wieder aufgehoben.“

Die Amtsmiene des Beamten milderte sich ein wenig. Er machte Reiser ein Zeichen. „Sie können gehen. Sie sind frei.“

„Wie?“ fragte Reiser abwesend. Da spürte er Lucies Hand auf seiner Schulter. „Komm,“ sagte Lucie leise, „komm . . .“

Er stieg die vielen Treppen wie betrunken hinunter. Das grelle Tageslicht draußen blendete ihn. Er griff sich an die Augen. „Ich verstehe noch nicht, was ist geschehen?“

Sie schob ihren Arm unter den seinen und winkte auch Behrens. „Komm,“ wiederholte sie nur, „du wirst alles erfahren.“

Er sah ganz apathisch im Auto, und ganz von selbst fielen ihm die Augen zu. Zuweilen öffnete er sie halb, um zu Behrens hinüberzusehen, der ihm stumm gegenüber saß. Aber er schloß sie sogleich wieder. Er war nicht mehr fähig, zu denken. Ich lebe jetzt nur noch von Minute zu Minute, sagte er zu sich. Und es machte ihn zufrieden, die Hand Lucies in der seinen zu fühlen. Allzu schlimm konnte es um ihn also nicht stehen. Ach, wenn er doch einmal Gelegenheit hätte, ruhig und traumlos zu schlafen!

Daher angekommen, geleitete ihn Lucie auf sein Zimmer. Er ließ sich führen wie ein Kind. Er bestaunte alles, als sehe er es zum erstenmal. Dann ließ er sich in den Klub-

sessel fallen, stemmte die Ellenbogen gegen die Knie und stützte so den Kopf. Er sank in ein schlafähnliches Brüten.

Mühsam löste sich aus dem Wirrwarr seiner Gedanken endlich ein einzelner los: der, daß er jetzt frei war, während er doch noch die Nacht im Gefängnis verbracht hatte, daß er daheim in seinem altvertrauten Zimmer saß und nicht in dem beklemmend feindlichen Raum, vor dessen Tür ein unrasierter Mann mit weich schleichenden Schritten als Wache geisterte, und daß Lucie mit ihm sprach, sich um ihn bemühte, wo sie ihn doch noch vor wenigen Tagen angespien hatte . . . Was war geschehen?

Und plötzlich befiel ihn eine grenzenlose Angst. Es war ihm unerkennlich, woher sie kam, aber sie war da, durchdrang ihn, bewirkte, daß er stöhnend aufsprang, die Augen aufstieß, nach einem Feind suchend, der irgendwo versteckt sein mußte, — irgendwo, denn er spürte dessen Macht.

Er rief einen leisen Schrei aus, denn er hatte Behrens gesehen. Der saß ihm gegenüber, schon lange Zeit, und betrachtete ihn.

„Sie sind krank,“ sagte Behrens freundlich. „Fühlen Sie es nicht, daß Sie krank sind?“

„Ich weiß nicht,“ antwortete Reiser unsicher und fuhr sich über die Stirn hin, „aber es ist möglich . . .“

„Sie müssen fort,“ erklärte Behrens bestimmt, „es ist hohe Zeit, daß Sie fortkommen.“

Reiser hatte wieder die Empfindung, daß er im Krankenhaus sei und daß Fremde sich um ihn bemühten. Er streckte sich in wohliger Mattheit und seufzte. „Aber wohin?“ fragte er beklümmert.

„Wohin möchten Sie? Haben Sie einen Wunsch?“ Reiser entsann sich Kärntens, der Kühe, der abendlich funkelnden Fenster, des Rauches, der still aus den Essen in die Luft stieg. Er lächelte zaghaft. „Ich möchte nach Kärnten, in ein Dorf . . .“

Behrens schüttelte den Kopf. „Nein, das ist nichts für Sie. Sie müssen weiter. Sie müssen in ein Land, in dem man Sie nicht erreicht.“ Er sah Reiser fragend an. „Ich hätte einen Vorschlag. Wollen Sie ihn hören?“

„Ja,“ antwortete Reiser traumhaft.

Behrens suchte in seiner Brieftasche und entnahm ihr einige Papiere. „Sehen Sie her. Das sind drei Fahrtscheine für einen Schnelldampfer, der in drei Tagen von Holland nach Amerika fährt . . . Wollen Sie sie benutzen?“

Reiser machte ein ungläubiges Gesicht. „Drei Fahrtscheine? Was soll ich mit drei Fahrtscheinen? Ich verstehe nicht — —“

„Erlauben Sie, was ist da unverständlich? Ein Fahrtschein für Sie, einer für Ihre Frau, der dritte für Ihr Kind.“ Behrens wurde ungeduldig. „Die Sache ist doch klar. Ihre Frau ist einverstanden. Es fehlt nur noch, daß Sie sich entschließen . . . Nun?“

Reiser lächelte schüchtern. „Meine Frau . . . ist einverstanden —?“ fragte er.

„Ja,“ sagte Behrens trocken.

„Und Sie —?“

„Ich? Sie sind komisch. Was hat die Sache mit mir zu tun? . . . Ich bleibe hier.“

„Ich dachte . . .“

„Was dachten Sie?“

„Was ist das? fragte sich Reiser, plötzlich erwachend. Spielt man mit mir? Träume ich? Bin ich in einer anderen Welt?“

Er suchte in dem Gesicht des anderen zu lesen. „Es war doch abgemacht,“ stotterte er, „daß Sie, — Sie und meine Frau, — daß Sie beide . . .“

Behrens stand auf. „Unfinn,“ sagte er leichthin. „Unfinn, dummes Zeug . . . Ihre Frau denkt gar nicht daran. Und ich . . .“ Er sprach drohend. „Wie denken Sie sich das überhaupt? Glauben Sie, daß man eine Frau und ein Kind so einfach — los werden kann?“ Er lachte. „Hirngespinnst! Denken Sie nicht mehr daran. Oder denken Sie, daß es ein müßiger Traum war . . . Fertig!“

Reiser lehnte sich in den Stuhl zurück und preßte die Hände gegen die Stirn. Es war zuviel, was da mit einem Mal auf ihn eindrang, er konnte es nicht ordnen. „Aber meine — Sache . . .“ sagte er.

Behrens wehrte kurz ab. „Lassen Sie das. Kummern Sie sich nicht darum. Es sind Schritte eingeleitet, die die Affäre niederschlagen werden. Vergessen Sie sich nicht.“

Er sprach kurz, heftig und schnell und fand den Ton, in dem Reiser einfach erkrankt. Er berührte alles mit wenigen Worten und hatte es damit auch schon erledigt: Reisers Fälschung, die keine eigentliche Fälschung war, Reisers Vermögenstaxe, die keineswegs so verzweifelt aussah und die zu ordnen er auf sich nahm, und Reisers Flucht, die allen Weiterungen einen schnellen und starken Riegel vorhob.

(Fortf. folgt.)

Gartenfest der Einbrecher.

Das Einbrechen nach einem gelungenen Streiche ihren Hand- zug zu feiern pflegen, ist bekannt. In der Regel aber suchen sie dazu ihre Stammschwestern auf. Anders machte es eine Bande, die dem Kaufmann Madente in Väterfelde-West, Unter den Eichen 63, einen unerbetenen nächtlichen Besuch abhielten.

3 Millionen Kronen gestohlen.

Ein schlechtes Valutageschäft machte ein Mann aus Prag, der nach Berlin kam, um für 3 Millionen österreichische Kronen zu ver- schieben. Um das Geld herüberzubringen, hatte er in seinem Koffer einen zweiten Boden eingeschraubt. So glaubte er, daß es jedem Zugriff gesichert zu haben.

Handelsanwalt Wauer verhaftet.

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht I ist gestern der Generalbevollmächtigte des Adh-Konzerns, der Handels- anwalt Gerhard Wauer verhaftet und in das Roabiter Unter- suchungsgefängnis eingeliefert worden unter dem dringenden Ver- dacht, an den von Adh bezogenen Strafsachen beteiligt zu sein.

Ein Schüler als Lebensretter.

Der 12jährige Schüler Paul Goebel, Sohn des städtischen Straßensreinigers Franz Goebel in Berlin, Uebonstr. 28 wohnhaft, hat am 26. Juni d. J. den Schüler Kurt Grünig, Urbanstraße 20 wohnhaft, vom Tode des Ertrinkens aus dem Ubbanbolen gerettet.

Deutschnationale Lehrerbekle.

Im gegenwärtigen Schulkampf ist eine Gerichtsverhand- lung von besonderem Interesse, die am 7. September vor dem hiesigen Schöffengericht stattgefunden hat. Dort ist nämlich abermals ein Deutschnationaler seiner verdienten Bestrafung zugeführt wor- den, der sich nicht geschämt hatte, die Ehre seines politischen Gegners auf das ärgste zu verunglimpfen.

Auftakt zu den Stadtverordnetenwahlen im 16. Kreis.

Cöpenick. In einer imponanten, von etwa 1000 Personen be- suchten öffentlichen Volksversammlung referierte Genosse Silber- schmidt über die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen. Die

Erbschaft, die wir von den reaktionären Kreisen im Roten Hause nach dem Krieg übernommen haben, der Zusammenbruch unserer Wirt- schaft, die politischen Wirren stellen unsere Partei vor Aufgaben, die unüberwindlich scheinen. Erst nach Jahren wird die Ge- schichtsschreibung feststellen, in wie hervorragender Weise die Sozialdemokratie in Reich, Staat und Kommune unter den schwierigsten Verhält- nissen das deutsche Volk in zielbewusster Weise vorwärts und aufwärts geführt hat.

Große öffentliche Wählerversammlung

9. Kreis, Schmargendorf, im Lyzeum, Spandauer Str. heute, Freitag, den 9. September 1921, abends 7 Uhr

Thema: Die Kulturpolitik der Sozialdemokratie und die Stadtverordnetenwahlen. Referent: Konrad Haenisch, Kultusminister a. D.

genossen und -genossinnen, wenn wir geordnete Zustände uns er- kämpfen wollen. In diesem Kampfe wird die Sozialdemokratie Führerin des Volkes sein. Der zweite Redner, Genosse Brink- mann, sprach besonders zu den zahlreich anwesenden Frauen, in- dem er sie an die bitteren Kriegsjahre erinnerte und besonders her- vorhob, am Tage der Wahl daran zu denken, wenn sie all dieses Elend zu danken haben.

Feuer in den Kabelwerken Dr. Cassirer, Charlottenburg, Kett- serstraße 3-6. Dieser Ruf alarmierte am Donnerstag mittag die gesamte Charlottenburger Feuerwehr. Als die Löschzüge an der Brandstelle anlangen, standen im 2. Geschos des ausgedehnten Fabrik- gebäudes Gummistoffe, sowie Holzstücke, Schränke u. a. in Flammen.

Für eine halbe Million Pelzwaren erbeuteten Einbrecher in der vergangenen Nacht in einem Pelzwarengeschäft im Westen der Stadt. Die Diebe, die von dem Bureau eines Rechtsanwalts aus die Wand durchbrochen und so in die Geschäftsräume gelangten, erbeuteten je 12 Seal-Elefant-, Seal-Ranin- und Breitschwanzmäntel, je 6 Dackel-, 120 Pelz-Kollern und Muffen, ein echten Silberfuchs u. a. m.

Arbeitererfekte. Bei der Maschinenfabrik Erich am Ende in Weiskense waren mehrere Arbeiter und ein Borarbeiter mit dem Abblenden eines 300 Zentner schweren Dampfzessels beschäftigt. Beim Abblenden des Kessels kippte durch Unvorsichtigkeit der Wagen nebst Kessel um und bearub zwei Arbeiter unter sich, so daß der eine, mit Namen Mut, 72 Jahre alt, auf der Stelle tot war und ein anderer, namens Breitig, 62 jährig, mit schweren Lebenszeichen in das Weiskense Krankenhaus gebracht wurde.

Es bleibt beim Dreischießporto. Wie das Reichspostministerium mitteilt, ist die Nachricht, daß eine Wiederbefreiung der Ortsbrief- gebühr beabsichtigt sei, aus der Luft gegriffen. Auch die weitere Be- hauptung, daß die Reichspostverwaltung schon bei der letzten Ge- bührenerhöhung mit einem Verhehrüdgang von 34 v. H. gerechnet habe, entspricht nicht den Tatsachen.

Granaten auf den Schienen. Gestern vormittag fanden Bahn- beamte am Stellwerk B auf dem Bahnhof Grunewald zwei Gra- naten, Kaliber 105, mit Zündern. Eine herbeigerufene Streife der Schutzpolizei brachte die gefährliche Munition nach der Rathaus- wache der Kolonie Grunewald. Die beiden Granaten (sicheren russischer Herkunft) zu sein.

Dem Siedlungsamt der Stadt Berlin gehen täglich zahlreiche Anträge auf Gewährung von Landesdarlehen zur Schaffung neuer Wohnungen zu. Um den Antragstellern unnütze Kosten zu ers-paren, macht das Siedlungsamt bekannt, daß neue Gesuche keine Aussicht auf Berücksichtigung haben. Dem Siedlungsamt liegen bereits Anträge auf Bewilligung von 10 000 Wohnungen vor, die zur Verfügung stehenden Mittel reichen jedoch nur für höchstens 1400 Wohnungen.

Die Generalversammlung der Arbeiterkassenkassensysteme Berlin E. B. findet am Sonnabend, den 10. d. M., abends 7 Uhr, in der Schule hinter der Garnisonkirche statt. Erscheinen aller Mitglieder erforderlich. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt- gegeben.

Städtische Girokasse in Niederschönhausen. Die Sparkasse der Stadt Berlin hat am 1. September 1921 eine weitere Girokasse in

Berlin-Niederschönhausen, Blücherstraße 1, unter der Firma: „Giro- kasse Nr. 165 der Stadt Berlin“ eröffnet. In der gleichen Weise wie die anderen Berliner Girokassen befaßt sich auch diese Girokasse Nr. 165 mit dem Depozieren, Kontofortiren, Scheck- und Girover- kehr, dem An- und Verkauf von Wertpapieren, Sorten und Devisen, der Verwahrung und Verwahrung von Wertpapieren, der Verleihung von Wertpapieren, Kreditgewährung, der Ausstellung von Reise- kreditbriefen, der Verwahrung von Wertgegenständen, der Aus- führung auch anderer bankmäßiger Geschäfte.

Filmvorführung. Ein Rückblick sowie naturwissenschaftliche Filme werden von der Jugendabteilung des Zentralverbandes der Angehörigen am Sonnabend 7 Uhr im Adolfsheim Gymnasium, Anst. Nr. 3/5, vorgeführt. Karten zu 2 M. Belle-Alliancestr. 7/10 und Kommandantenstr. 63/64, Lein- waldstr. 19, Siebel, Engelstr. 13, Konjum, Kurfürststr. 17, Goltz, Kolthofstr. 1.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Freitag, den 9. September:

- 114. Vst. Eichtenberg. 7 1/2 Uhr Funktionärsitzung bei Schwarz, Gabriel-Reg- Str. 17.
117. Vst. Eichtenberg. 7 1/2 Uhr Vorstandssitzung bei Handreit, Prinz-Alber- Str. 22.
121. Vst. Niederschönhausen. 7 1/2 Uhr Funktionärsitzung bei Benker, Treptow- Str. 14.

Frauenveranstaltungen am Freitag, den 9. September:

- 107. Vst. Alt-Glienide-Falkenberg. 7 1/2 Uhr bei Klingenberg, Grünauer Str. 29. Referent Genosse Gustav Weiler: „Mittagsmahl und Tisch“.

Morgen, Sonnabend, den 10. September:

- 40. Vst. 7 Uhr Funktionärsitzung bei Schmidt, Bielestr. 17.
50. Vst. Neukölln. 7 1/2 Uhr Funktionärsitzung bei Reuter, Kaiser-Str. 10.
101. Vst. Treptow. 6 Uhr wichtige Parteiveranstaltung. Treffpunkt in den bekannten Lokalen.
112. Vst. Rahnsdorf-Birchenshagen-Bessensdorf. 8 Uhr Mitgliederversam- lung im Hof Eberhard, Rahnsdorfer Straße.
117. Vst. Reinickendorf-West. 7 Uhr bei Erusch, Schönwälderstr. 109, Funk- tionärsitzung.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Vereinigung für Schul- und Erziehungsfragen, Treptow. Am Sonnabend, den 10. September, abends 8 Uhr, findet in der Aula des Realgymnasiums, Neue Regensburger 7, Herr Rektor D. Selmig über „Unterricht nach dem Arbeits- schulgesetz und Verwirklichung der Gemeinschaftslehre“.
Arbeiter-Sport- gruppen-Berlin, „Stahl-Sport“, 18. Verwaltungsbereich (Moritzdorf), Tempel- hof ufm., Freitag, den 9. d. M., abends 7 1/2 Uhr, Beginn des neuen Sport- gruppen-Kursus im Gymnasium, Moritzdorf, Kaiserstraße.
„Kühnheit“, Charlottenburg. Versammlung Sonntag, den 11. September, 6 1/2 Uhr, bei Grimm, Kaiser-Friedrich-Str. 24. Vortrag des Oberleiters Köpcke über „Wanderungen durch die Mark“. Gäste willkommen.

Arbeitersport.

Arbeiter-Radfahrer-Berlin, „Groß-Berlin“. Sonntag früh 6 Uhr „Rund um Berlin“, 120 Kilometer; nachmittags 1 1/2 Uhr Radholz (Röhre), Start Marienpark.
Sportklub Schöneberg-Friedenau. Sonntag, den 11. September, Sportfest auf dem Jugendheimplatz, Haupt-, Ecke Rudensstraße, Beginn 10 1/2 Uhr. Ein- tritt 1,50 M. Arbeitlose und Kinder haben freien Eintritt.
Freie Turnerschaft Schöneberg-Berlin. Bezirk Schöneberg: Sonntag Sportfest, Jugendheimplatz Hauptstraße, 3 Uhr.
Arbeiter-Turn- und Sportklub, 1. Kreis, 5. Bezirk. Sonntag, den 11. Sep- tember, nachmittags 5 Uhr, veranstalten die Schüler- und Schülerinnen-Abteilun- gen der Turnvereine auf dem Eiche-Sportplatz am Eichenpark in Apenitz. Es die blaue Turn- und Sportvereine unter Hinzunahme der Schulen am selben Tage ein gleiches Fest veranstalten, ist es Pflicht eines jeden Vereins, dort anzu- treten.
Die Fußball-Abteilung der Freien Turnerschaft Charlottenburg hat am kommenden Sonntag, nachmittags 4 Uhr, die 1. Mannschaft der Freien Turnerschaft Rathenow zu Gast. Beides sind ausgesprochene Kom- binationsspieler, die alles daran setzen werden, den Sieg an ihre Farben zu heften. Guter Arbeitersport ist zu erwarten. Spielort: der in der Reple- rstraße an der Gasanstalt gelegene Sportplatz der Freien Turnerschaft.

Weiter bis Sonnabend mittag. Trocken und übermäßig heiß, in der Mittagsstunden, namentlich im Binnenlande, warm bei meist schwachen, veränderlichen Winden.

Pfeil-Spar-Glühkörper 25% Gas-Ersparnis. Man fordere ausdrücklich „Pfeil“-Spar-Glühkörper und achte auf die „Pfeil“-Schutzmarke.

Angora-Kaninchen. gibt im volkswirtschaftlichen Interesse zwecks Vollgewinnung zu gewissen Bedingungen an die Reichs-Zentrale f. Seidenanbau-Wirtschaft Leipzig, Uferstraße 19.
Nur allein die Kunstspielpianos und Flügel VIRTUOLA. Fubetrieb / Elektrisch beides vereinigt.
Römhild A.-G. Leipzig, Str. 110-120 L. Stock.

MONTBLANC FULLHALTER. FULLFEDER ZENTRALE. GERM. STOFFHAAR FRIEDRICHSTR. 55 MAUS CAPE BAUER.

Grudeherde von 585 M. an. mit der unübertrefflichen Siebfeuerung und der langbe- währten Spezialkonstruktion erhalten Sie nur von der Deutschen Patent-Grudeofen-Fabrik Walter Rieschel & Co. m. b. H. BERLIN C. 19 Jerusalemstraße 15.

Wanzen. haben Sie? Das ist Ihre Schuld! Miltige, radikale Vernichtung von Wanzen, Flöhe, Käfer, Motten mit Brus in wenigen Stunden durch mein apparatisches Hahnolyn-Vergasungs-System.
M. HEYNE, Berlin-Steglitz, 6. Unter den Eichen 45.

Garderobe auf bequemste Teilzahlung HERREN- DAMEN- Anzüge, Hosen, Paletots, Kostüme, Sport-Paletots, Rüsche, Kleider. M. Beiser, Lothringer Str. 67.

Wohnungs-Austausch A. SCHÄFER. Spedition (gegr. 1881) Lagerhaus Berlin-Wilmersdorf, Wilhelmsaue 36. Lan. 30jährige bewährte Vertretung in ganz Deutschland.





# Neuer Kreditplan für Deutschland?

London, 8. September. (WZ.) „Evening Standard“ meldet, daß ein neuer Plan einer Kreditgewährung an Deutschland in den Vereinigten Staaten entworfen werde. Mr. Malcolm Summer, ein sehr bekannter amerikanischer Anwalt, sei gestern in London aus Berlin eingetroffen, wo er Verhandlungen in dieser Frage geführt habe.

„Westminster Gazette“ schreibt zur Frage der Deutschen Währung, Deutschland könne seine Entschädigung nur zahlen, wenn es in großer Masse ausführe. Wenn die Alliierten nicht haben wollten, daß Deutschland ausführe, dann dürften sie keine Entschädigung verlangen.

# Die Kämpfe im Burgenland.

Wien, 8. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Von der ungarischen Grenze wird gemeldet, daß sehr große Freischaren, untermischt mit regulärem Militär, nach Mattersdorf vorgerückt sind, von wo die deutschösterreichische Landesversammlung für das Burgenland flüchten mußte. Wahrscheinlich ist Mattersdorf geräumt worden. In Wiener Neustadt herrscht große Erregung. Die alte Grenze gegen Ungarn ist sehr stark mit österreichischer Wehrmacht besetzt, die für alle Fälle gerüstet ist. Eine Ueberbreitung der Grenze durch die Wehrmacht wird von der Entente verboten.

# Ministerkrise in Polen.

Paris, 8. September. (WZ.) Nach einer Temps-Meldung aus Warschau ist der Finanzminister wegen der Besprechung des Budgets in der Finanzkommission des Reichstages zurückgetreten. In den den Ministerpräsidenten nachstehenden Kreisen erklärt man, daß diese Demission den Rücktritt des ganzen Kabinetts nach sich ziehen werde. Die Führer der verschiedenen parlamentarischen Klubs trafen heute zusammen, um die Möglichkeit einer sofortigen Zusammenberufung des Reichstages zu einer außerordentlichen Sitzung wegen der Besprechung der Finanzkommission zu prüfen.

# Avignon!

Folgende Rundgebung geht uns zu: Die in Leipzig anlässlich des Bundestages der Reichsvereinerung ehemaliger Kriegsgefangener e. V. versammelten Delegierten haben mit Bestätigung davon Kenntnis genommen, daß seitens der französischen Regierung endlich 34 Kameraden aus Avignon entlassen worden sind. Die Delegierten erkennen an, daß in dieser Frage — hauptsächlich durch das endlich erfolgende Einsetzen höherer französischer Militärführer — anscheinend das Menschlichkeitsgefühl die Oberhand zu gewinnen beginnt.

Mit Bedauern aber hat die Versammlung Kenntnis davon genommen, daß immer noch 69 Kameraden in Avignon und den angeschlossenen Arbeitskommandos sehnlichst der Befreiung harren. Auch diese Kameraden müssen auf dem schnellsten Wege der Heimat zurückgegeben werden. Die ehemaligen Kriegsgefangenen stehen jedoch einmütig auf dem Standpunkt, daß die Befreiungsfrage nur auf dem Wege rein sachlicher Verhandlungen und unter der Mitwirkung der berufenen Interessensvertretung der ehemaligen Kriegsgefangenen gelöst werden kann. Die Versammlung ist sich ferner auch darin einig, daß durch nicht genau nachgeprüfte Artikel in der Presse der Sache der Avignon-Gefangenen nicht genügt werden kann. Den Kameraden in Avignon aber übermitteln die Delegierten die herzlichsten Grüße mit dem Gebührenden, mit der Arbeit für das Befreiungswort nicht eher nachzulassen, bis auch der letzte Avignon-Gefangene der Heimat zurückgegeben ist.

Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener Bundestag, Leipzig, Kristallpalast.

# Der Untersuchungsausschuß.

Ein deutschnationaler über Höring.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

Abg. Maschke (Dem.) fragt, ob sich die Blätternachrichten bewahrheiten, daß Abteilungen der Roten Armee Waffen- oder Schießübungen veranstalten. Regierungspräsident v. Gersdorff erklärt, diese Nachrichten hätten sich nicht als berechtigt erwiesen. Wie weit Waffen verstreut gehalten werden, läßt sich nicht sagen, zumal im Mansfelder Bezirk, wo die Gegend schwer zu durchsuchen ist. Davon, daß der Oberstaatsanwalt in Naumburg das Bestehen einer Roten Armee mit reichhaltigem Material aufgedeckt habe, ist dem Zeugen nichts bekannt. Auf Vorhalt des Vorstehenden Abg. Kullner gibt der Zeuge an, daß er weder als Beamter noch als Privatmann Nachrichten über das Bestehen von Organisationen bekommen habe, die einen Rechtsputz vorbereiteten. — Abg. Kullner weist auf die Vereine „Stadt und Land“ und „Stahlhelm“ hin. Der Zeuge erwidert, Vertreter des „Stahlhelm“ hätten ihm selbst erklärt, daß sie sich unter keinen Umständen politisch betätigen wollten und gern SPD-Arbeiter aufnehmen würden, die bereit wären, einen etwaigen Aufruf niederzuschlagen. — Auf eine weitere Frage des Abg. Drescher gibt der Zeuge an, aus der „Halle'schen Zeitung“ seien niemals Andeutungen einer beabsichtigten Gewaltaktion zu entnehmen gewesen, wohl aber habe er den Ton der Zeitung nicht gebilligt. Von einem Artikel mit der Überschrift „Die Regierung muß gestürzt werden“, den der Abg. Kullner erwähnt, ist dem Zeugen nichts bekannt.

Es werden darauf die verschiedenen in den Berichten besprochenen Waffensunde behandelt, über die der Zeuge nähere Auskunft gibt. Bei dem Waffensund im Bessenteller zu Naumburg hat es sich wahrscheinlich um eine Waffenverschöpfung durch einen Reichsanwalt gehandelt, für die keine politische Partei verantwortlich gemacht werden kann. In Halle ist ein größeres Lager der Einwohnerwehr ausgehoben worden, das Strafverfahren ist eingeleitet. Auch hier ist keine Partei beteiligt. In mehreren Fällen sind Waffen nächstlicherweile auf Grundstücken niedergelegt worden, deren Besitzer nichts davon wußten. In Naumburg sind allerdings zwei Funkapparate bei rechtsstehenden Persönlichkeiten gefunden worden, der Besitz solcher Apparate ist aber nicht verboten. Trotzdem wurden die Apparate beschlagnahmt, weil sie vielleicht verschobenes Heeresgut darstellten.

Die Vernehmung wandte sich darauf der Beteiligung kommunistischer Parteien an der Entziehung und Leitung des Aufstandes zu. — Zeuge bejaht. Wir hatten die Ueberzeugung, daß ein derartiger Aufruf geplant war. Die politische Aktion kam zu einem Zeitpunkt, wo die Vorbereitungen der Aufreiter noch nicht abgeschlossen waren. Ohne Zutun der Parteien wäre der Aufruf bestimmt nicht gekommen.

Abg. Dr. Liebknecht: Was die Höringsche Aktion war der unmittelbare Anlaß? Haben Sie vor deren Folgen gewarnt? Zeuge v. Gersdorff: Im Gegenteil, ich stand von jeher auf dem Standpunkt, daß das Einrücken von Schutzpolizei in Eisenbahn zur Beruhigung und Verhinderung von Verbrechen notwendig war. Unsere Meinungen gingen nur insoweit auseinander, als ich

# Lage und Aussichten der westdeutschen Industrie.

Eine Unterredung mit dem Reichswirtschaftsminister.

Ein Mitglied unserer Redaktion hatte mit dem Reichswirtschaftsminister Genossen Robert Schmidt, der soeben von einer längeren Informationsreise im rheinisch-westfälischen Industriegebiet und im besetzten Gebiet zurückgekehrt ist, eine Unterredung. Ueber seine Eindrücke befragt, antwortete der Minister:

„Der Eindruck, den ich bei meiner Reise in dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet gewonnen habe, ist ein günstiger. Bei dem gegenwärtig besseren Geschäftsgang macht sich in der Industrie fast allgemein eine gewisse Hoffnungsstimmung bemerkbar, wobei man sich allerdings darüber nicht täuscht, daß dieser Aufschwung in der Industrie kein Zeichen einer dauernden Besserung bedeutet. Die Konkurrenz, die die Industrie auf dem Weltmarkt zu bestehen hat, wird an Schärfe nicht abnehmen, sondern aller Voraussicht nach eher zunehmen. Von dieser Erkenntnis beherrscht, beobachtet man in zahlreichen Betrieben der Großindustrie eine stehende Tätigkeit, den technischen Fortschritt mit großem Eifer auszunutzen. Große bauliche Veränderungen, die gegenwärtig nur mit erheblichen Kosten durchzuführen sind, erfolgen, um die wirtschaftlichste Ausnutzung der Vertriebsrichtungen zu erzielen. Man erkennt, daß die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie nicht nur in der Qualität der Ware, sondern auch in der rationellen Anwendung technischer Hilfsmittel begründet ist.“

Die Betriebe, die der Kriegindustrie dienen, sind restlos umgestellt auf die

## Lebensproduktion.

Die Umstellung wurde durch die Entente-Kommission vielfach erschwert. Große Betriebsräume stehen leer, bedeutsame, mit schweren Kosten errichtete Bauten verfallen in Schutz und Asche, weil man befürchtet, daß sie schnell wieder der Rüstungsindustrie dienstbar gemacht werden könnten. Das wäre noch verständlich, wo die fertigen Einrichtungen lediglich für die Kriegindustrie geeignet sind. Vielfach handelt es sich aber um Anlagen, die ohne große Änderungen vorteilhaft für Friedensarbeit in Betracht kämen. Nicht alle Beschwerden und alle Vorstellungen haben zu einer verständigen Lösung geführt, vielmehr sind leider recht viel Werte zerschlagen und der Industrie da Schaden zugefügt, wo nach dem Friedensvertrag jede Berechtigung dazu fehlte.“

Ueber die Lage einzelner Gewerbegebiete im besetzten Gebiet sagte Genosse Schmidt:

„Die Solinger Kleinereisenindustrie führt besonders auf dem Auslandsmarkt einen verzweifelten Kampf, um ihre Konkurrenzfähigkeit durchzusetzen. Die Hindernisse, die dem Absatz entgegenstehen, sind besonders in den hohen Zolltarifen des Auslandes und den besonderen Zuschlägen für deutsche Waren begründet. Es muß natürlich die Aufgabe der deutschen Regierung sein, auf eine Beseitigung der Hindernisse, die dem Handelsverkehr entgegenstehen, hinzuwirken, damit dem Warenverkehr unserer deutschen Industrie der Weg geebnet wird.“

In der Textilindustrie bemerkt man noch einen erheblichen Rückgang der Beschäftigung gegenüber der Vorkriegszeit. Aber im Verhältnis zu den letzten Monaten ist auch hier eine Zunahme in der Beschäftigung zu beobachten und der Fortschritt ist unverkennbar. Erfreulich sind die Bemühungen, eine immer größere Voll-

etwas pessimistischer war als Oberpräsident Höring und betont habe, daß ein größeres Aufgebot nach Eisen geschickt werden müßte.

Es werden sodann die Mängel der Behördenorganisation besprochen. Die Verbindung mit dem Oberpräsidium war insofern kompliziert, weil man nicht genau wußte, ob die Reichsstelle ein Organ des Oberpräsidenten oder des Staatskommissars Weismann war. — Dr. v. Dröner: Das ist mir von großer Bedeutung, denn es bestätigt, daß nicht einmal der Regierungspräsident von Werneburg wußte, in welchen Instanzengang eine Stelle eingereiht war, die während des ganzen Jahres in größtem Umfang Verfügungen bei nachgeordneten Behörden erlassen hat.

Zur Wirksamkeit einer der Zivilkommissare bei der Schutzpolizei erklärt der Zeuge, das Wirken des Herrn sei nicht günstig gewesen. Die von ihm angeknüpften Verhandlungen zwischen Major Fosse und der Eislebener Arbeiterschaft hätten den Anweisungen des Ministers direkt widersprochen. — Abg. Drescher weist darauf hin, daß die Zivilkommissare nur eingesetzt wurden, weil in allen Kreisen der Arbeiterschaft das lebhafteste Mißtrauen herrschte, die Polizei werde die Aktion nicht im Sinne des Ministers durchführen. — Berichtserstatter Dr. v. Dröner fragt den Zeugen, ob er sich eines Erlasses des Oberpräsidenten erinnere, durch welchen die Richtlinien des Ministers für die Zivilkommissare dahin ergänzt wurden, daß diese bei allen Beschwerden über Eipo-Beamte, auch bei Beschwerden über Nicht-Einstellung in die Polizei, mitzuwirken haben und bei Beschwerden über Beamte vertraulich Rat erteilen sollen. Der Zeuge bejaht dies. — Es kommt dann die Frage der Bewährung der Landräte und Amtsvorsteher zur Sprache.

Zeuge v. Gersdorff erklärt hierzu: Die Amtsvorsteher werden vom Landrat vorgeschlagen und vom Oberpräsidenten bestätigt. In einzelnen Kreisen war die Befestigung dieser Stellen rein parteipolitisch ausgefallen, sobald die Linksradikalen die Mehrheit hatten. Früher wurden beispielsweise Gastwirte, bei denen es schwer hält, objektiv zu bleiben, nicht in diese Ämter genommen, ebenso Landbriefträger, Eisenbahnstreckenbeamte ufm. Die vielfach inagrunder außer Haus waren und deshalb keine ständige Fühlung mit der Bevölkerung hatten. Besonders im Saalekreis und im Mansfelder Bezirk wurden nach dem halle'schen Parteitag nur kommunistische und andererseits unabhängige Amtsvorsteher in Vorhalt gebracht. Während des Aufstandes haben einige vollständig versagt, andere haben sich positiv auf die Seite der Unruhmäher gestellt. Eine ganze Reihe Straf- und Disziplinarverfahren wurden eingeleitet, die zum Teil durch freiwillige Amtsentberdung erledigt wurden. Abg. Dr. v. Dröner fragt, ob die Polizeiverwaltung in Halle als ausreichend anzusehen sei. Zeuge v. Gersdorff verneint dies, auch hinsichtlich eines Vergleichs mit anderen Städten.

Nach der Mittagspause erklärt Zeuge v. Gersdorff zu Fall Casparek: Casparek hat erklärt, er betrachte die ihm zur Last gelegten kommunistischen Äußerungen als sein staatsbürgerliches Recht, ganz abgesehen von seiner Tätigkeit als Landrat. Er hat auch keinen Zweifel daran gefaßt, daß er gewalttätigen Umsturz der Regierung anstrebte. Den bekannten kommunistischen Führern Franzke und Franke hat Casparek völlige Freiheit zur politischen Betätigung gelassen und die pflichtgemäße Meldung von dieser kommunistischen Tätigkeit kurz vor der Befestigung von Sangerhausen unterlassen.

Mit dem Vorgehen Hörings, dem Aufruf an die Arbeiter und der Ablehnung des Einsehens von Reichswehr war Zeuge durchaus einverstanden. Er bejaht auch die Auffassung Hörings, daß infolge dieser Maßnahmen sich nur 30 Proz. der Kommunisten am Aufstand beteiligen haben. Damit ist die Vernehmung des Regierungspräsidenten v. Gersdorff beendet und es folgt die Vernehmung des Regierungsersten Kihorn, von dem nur einige Ergänzungen gewünscht werden.

Am Freitag vormittag um 10 Uhr sollen als weitere Generalzeugen vernommen werden: Oberpräsidialrat Breger und Ministerialdirektor Abegg. Für Sonnabend sind geladen: Reichsentwaffnungskommissar Dr. Peters und Regierungsrat Freyling. Der Montag soll schlußfrei sein. Der Vorsitzende erbittet die Ermächtigung, für die nächste Woche noch weitere aus der Mitte des Ausschusses vorgeschlagene Zeugen zu laden, namentlich Werkdirektoren, Betriebsratsmitglieder und Polizeibeamte. Außerdem sollen in der nächsten Woche Minister a. D. Seering und Oberpräsident Höring nochmals vernommen werden. Schluß 5 Uhr.

kommenheit in der Herstellung und Verwendung von Kunstseide zu erreichen. Die Produkte haben sich verfeinert, die Anwendung ist vielfältiger geworden und manche Fabrikationsnachteile überwunden. Die Entwicklung dieses Fabrikationszweiges ist noch nicht zum Abschluß gekommen. Die Ware wird sicherlich in immer größerem Umfange Verwendung in der Weberei finden.

Von den beiden des besetzten Gebiets durch die künstliche Zollgrenze teilte der Minister folgendes mit:

Ueber die Wirkungen der Sanktionen wurden sowohl von Unternehmern wie von Arbeitern laute Klagen geführt. Die Behinderungen im Handelsverkehr zwischen dem besetzten Gebiet und dem übrigen Deutschland werden schwer empfunden, ohne daß auf eine bedingungslose Annahme der Anforderungen, die vom Obersten Rat für die Aufhebung der Sanktionen gestellt werden, gedrängt wurde. In enger Verbindung damit wurde wiederholt bei den Besprechungen mit den Vertretern der Handelskammern betont, daß die Beschränkungen, die auf eine Ablösung der Rheinlande vom übrigen Deutschen Reich hinausgehen, in den schwer bedrängten Provinzen keine nennenswerten Anhängerschaft mehr aufweisen. Die Industrie lege Wert darauf und ebenso die Arbeiterschaft, daß sie politisch treu zum Reich halten.“

Auf die Frage, in welcher Weise die gegenwärtige Lenkung auf die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses in Westdeutschland zurückwirke, erwiderte Genosse Robert Schmidt:

„Beachtenswert erschien mir hierbei die wiederholt geäußerte Ansicht, daß die Arbeitsgemeinschaft, die berufen sei, einen Ausgleich der Interessen zwischen Unternehmern und Arbeitern herbeizuführen, aufrechterhalten werden müsse.“

Man müsse sich in der Industrie damit abfinden, daß auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse auch die Arbeiterschaft einen Einfluß ausübe. Es sei die Grundlage für eine normale Entwicklung der Industrie, die Gegenseitigkeit, die zwischen Unternehmern und Arbeitern entstehen, auszugleichen. Wiederholt wurde auch erklärt, daß die

## Anwendung des Betriebsratsgesetzes

nicht die von Unternehmerseite gelegten Befürchtungen Bewachtheit hat, vielmehr auch hier der Gedanke sich immer mehr Bahn bricht, daß durch eine Vermittlung, die in der Vertretung der Arbeiterschaft vorhanden ist, berechtigten Wünschen der Arbeiter entsprochen werden kann. Der große Industriebezirk mit seiner großen Arbeiterbevölkerung braucht eine sozial gesicherte Grundlage, die am ehesten fest begründet werden kann in einem verständigen Abmessen der Pflichten und Rechte. Wenn die Auffassung sich allgemein Bahn bricht, dann wird dem Aufbau unseres Wirtschaftslebens ein fruchtbarer Impuls gegeben werden, der zum Vorteil beider Teile ausfallen muß.“

Schwere, harte Arbeit ist noch zu leisten, aber mir scheint, daß das Bild unserer wirtschaftlichen Entwicklung kein trübes ist, daß vielmehr unter der kräftigen Initiative der Industrie und unter Mithilfe einer intelligenten, arbeitsfreudigen Arbeiterschaft ein Aufstieg erreicht wird, der uns wieder auf die Höhe der Leistung bringt, die uns zu Gleichberechtigten, wenn nicht zu Führern in dem Weltverkehr erhebt.“

# Wirtschaft

Valutakleinstand — Börsenkäufe. Der Dollar, der vor dem Kriege gegen 420 M. umgewandelt wurde, stieg an der gestrigen Börse bis auf 97,15 M. im Preise. Die deutsche Reichsmark, die vom Reichsfinanzminister noch vor kurzem mit Großhandel bezeichnet wurde, ist also im Ausland nicht einmal einen Sechser mehr wert. Die Besitzer von Papiergeld stützen ihre Kapitalien weiter in Sachwerte. Die Aufträge auf Wertpapiergeschäfte haben sich bei den Banken derart gehäuft, daß man sich in Berlin zu einer viertägigen Börse pausieren genötigt sah. Die Börse findet für Effekten erst Montag wieder statt. Daß in den Kreisen derer, die sich sehr mühsam an der Not des Volkes bereichern wollen, eine Ernüchterung eintritt, ist leider nicht anzunehmen. „Egoismus ist die stärkste Grundlage des Geschäftsbetriebes, ganz davon abgesehen, daß man aus Patriotismus keine Goldmark prägen kann.“ Das erklärte ein Geschäftsinhaber der Diskontogesellschaft anlässlich eines Auszuges. Offenheit ist immer erfreulich. Wir wissen jetzt wenigstens aus besserer Quelle, daß die Goldmarkgewinne der Großbanken im Kriege nicht aus Patriotismus entstanden sind, wie sie bisher immer behaupteten. Vielleicht erinnert man sich auch einmal daran, wenn man die „Sachverständigen“ der Banken als Rotheiser in dem Valutakleinstand anruft.

Die Indexpapiere der „Frankfurter Zeitung“. Diese von uns wiederholt erwähnte Schrift, die umfassendes Material für die Beurteilung der Veränderungen in der Wirtschaft seit dem Kriege enthält und dabei ebenso auf eigene Berechnungen des Handelsblattes wie auf anderweitige Statistiken stützt, ist nunmehr in fünfter, völlig neu bearbeiteter und bedeutend erweiterter Auflage erschienen (Verlag Frankfurter Societätsdruckerei). Sie enthält neben den Uebersichten und Maßstäben für Preise, Löhne, Reallohn und Börsenkurse u. a. auch die wichtigsten Angaben über die Entwicklung der Staatsfinanzen, eine Reihe von Produktionsfiguren und Angaben über den internationalen Außenhandel. Die Fälle von Zahlenmaterial, die hier auf kleinem Raum zusammengefaßt ist, macht das Buch zu einem sehr wertvollen Handwörter für jeden, der sich rathlos über die Grundtendenzen der heutigen Wirtschaft unterrichten will.

Die Anwaltschaft der Norddeutschen Lloyd. Durch die Auseinandersetzung zwischen der United States Mail Co. mit dem amerikanischen Schiffsverkehrsamt schien das Schiffsverkehrsabkommen, das der Norddeutsche Lloyd mit dieser Gesellschaft abgeschlossen hatte, bedroht. Als nun die Verwaltung des Norddeutschen Lloyd bekanntgab, sind die von der United States Mail Co. betriebenen früheren deutschen Passagierdampfer an das amerikanische Schiffsverkehrsamt zurückgegeben und von diesem drei leistungs-fähigen amerikanischen Schiffsgruppen zum gemeinschaftlichen Betriebe unter dem Namen United States Lines übergeben worden. Für den Betrieb bleibt der Rumpf des Stabes der United States Mail Co. in Tätigkeit. Die Dampfer werden auf den alten Routen nach den alten Fahrplänen verkehren. Der Lloyd führt die Generalagentengeschäfte fort. Die Interessen der Passagiere und Verladener werden durch die Änderung nicht berührt.

Erhöhung der Feuerversicherungen auf dem Lande. Aus zahlreichen Anträgen auf Gewährung von Staatsdarlehen für abgebrannte Wirtschaftsgebäude geht hervor, daß die Gebäude nur mit ganz niedrigen Beträgen gegen Feuer versichert waren, so daß aus der Entschädigungssumme lediglich ein geringer Teil der Rehaufkosten bestritten werden kann. Der preussische Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten hat deshalb, wie die WZ. von zuständiger Stelle erfahren, an die Bundesstaatsministerpräsidenten vor kurzem ein Schreiben gerichtet, in dem ersucht wird, durch die Kulturminderungsstellen auf eine Nachprüfung und Erhöhung der Feuerversicherungen auf dem Lande hinzuwirken. Es heißt in dem Schreiben, daß: wenn auch im allgemeinen die alten Versicherungen nicht um soviel gesteigert werden können, daß sie die jetzigen Rehaufkosten erreichen, es doch dringend erforderlich sei, daß eine angemessene Erhöhung vorgenommen werde. Verabsäumung dieser selbstverständlichen Pflicht müsse als Fahrlässigkeit aufgefaßt werden, die eine etwaige Hoheit des Abgebrannten nicht als unverschuldet erscheinen lasse und die Gewährung staatlicher Beihilfe zum Wiederaufbau ausschliesse.

# Gewerkschaftsbewegung

## Schiedspruch für die städtischen Arbeiter. 80 Pf. bis 1 M. Zulage pro Stunde.

Vor dem Schlichtungsausschuss wurden Donnerstag die Tarifverhandlungen zwischen dem Magistrat und dem Lohnkartell für die Gemeindebetriebe geführt. Den Vorsitz führte Genosse Rudolf Wissell. Vorsitzender der Arbeitnehmer war Genosse Polenske vom Gemeinde- und Staatsarbeiterverband, der in längeren Ausführungen die Forderungen der städtischen Arbeiter und Angestellten nach einer Lohnerhöhung von 1,50 bis 2,50 M. für die verschiedenen Arbeitnehmerkategorien begründete. Den Standpunkt des Magistrats legte Stadtrat Schlichting dar. Er betonte, daß der Magistrat grundsätzlich auf dem Standpunkt stehe, daß bei Teuerung eine Erhöhung der Löhne und Gehälter eintreten müsse. Die Lohnfrage lasse sich aber von der Deckungsfrage nicht trennen. Nach eingehender Berechnung habe der Magistrat sich entschlossen, eine Stundenlohnerhöhung von 60 bis 80 Pf. zu bewilligen. Die Stadt Berlin sei aber gezwungen, den Gaspreis um 25 Pf. pro Kubikmeter, den Preis für elektrischen Strom um 50 Pf. und ferner die Tarife der Straßenbahn zu erhöhen. Schlichting verlangte eine Abänderung der Ergänzungsbestimmungen des bisherigen Tarifes und zwar soll der Passus gestrichen werden, der das Bestehenbleiben besserer Lohnbedingungen, wo solche bereits zu verzeichnen sind, verlangt. Ferner müsse ein Zusatz in dem neuen Tarifvertrag aufgenommen werden, wonach im Falle von Einsprüchen gegen Entlassungen keine Entschädigung über 14 Tage hinaus gezahlt werden solle. Er schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß der Magistrat nicht in der Lage sei, weitere Zugeständnisse zu machen, weil er sich sonst der Gefahr einer Unrentabilität seiner einzelnen Werke aussetzen würde. Polenske erwiderte, der Staat sei den Wünschen seiner Arbeiter in viel weiterem Maße entgegengekommen, obgleich auch seine Finanzlage eine schlechte sei. An Hand von Berechnungen wies er nach, daß die vom Magistrat beabsichtigte Erhöhung des Gas- und Strompreises der Stadt Berlin eine Mehreinnahme von circa 250 Millionen im Jahr bringen würde, während die jetzigen Zugeständnisse des Magistrats eine Mehrausgabe von circa 91 bis 92 Millionen bedeuten würden.

Nach sehr ausgiebiger Besprechung wurde ein Schiedspruch gefällt, der den Magistrat verpflichtet, mit Wirkung ab 1. September an die erwachsenen männlichen Arbeiter und Handwerker eine Erhöhung der Löhne um 1 M., für die weiblichen und jugendlichen eine Erhöhung von 80 Pf. pro Stunde zu zahlen. Die Regelung gilt bis zum 30. November. Der Vertrag ist kündbar am 1. November. Die Parteien haben sich innerhalb einer Frist von 8 Tagen für oder wider zu entscheiden.

Die Gemeindearbeiter werden in einer Urabstimmung die Entscheidung fällen. In der Begründung des Schiedspruches wird ausgeführt, daß angesichts der bestehenden und voraussichtlich noch steigenden Teuerung eine Erhöhung der Löhne angemessen erschien. Der Schlichtungsausschuss habe dabei sowohl der schlechten Finanzlage der Stadt Berlin, wie auch der Notlage der städtischen Arbeitnehmer Rechnung getragen. Wenn auch die augenblickliche Preissteigerung keine Lohnerhöhung um 1 M. pro Stunde rechtfertige, so habe der Schlichtungsausschuss dennoch der mutmaßlichen Entwicklung der Teuerung Rechnung getragen, um für absehbare Zeit den städtischen Betrieben Ruhe zu verschaffen.

## Zum Tarifvertrag für festbesoldete städtischer Werke.

In der Stadtvorordnetenversammlung haben die Fraktionen der Sozialdemokraten und der Unabhängigen folgenden gemeinsamen Antrag eingebracht:  
Die Stadtvorordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, den am 29. August 1921 ergangenen einstimmigen Schiedspruch des Groß-Berliner Schlichtungsausschusses, nach dem für die festbesoldeten Angestellten der städtischen Werke ein Tarifvertrag abgeschlossen werden soll, anzuerkennen.

## Forderungen der städtischen Werkangestellten.

Der Magistrat will die Angestellten der Gas- und Elektrizitätswerke und der Wasseranlagen in ein Beamtenverhältnis bringen und sie damit in die Besoldungsordnung einreihen. Die Angestellten wollen davon nichts wissen und brachten die Angelegenheit vor den Schlichtungsausschuss. Dieser stellte sich auf den Standpunkt, daß die Angestellten der genannten Werke nicht ohne weiteres der Besoldungsordnung eingegliedert werden könnten und daß der Magistrat, wie mit seinen anderen Angestellten, so auch mit diesen ein Tarifabkommen treffen möchte. Der Magistrat erlaubte diesen Spruch des Schlichtungsausschusses nicht an, sondern hat jetzt den Demobilisationskommissar angerufen.

## Der Streik in der Filmindustrie.

Seit gestern befindet sich die überwiegende Zahl der Arbeiter und Angestellten der Filmindustrie im Streik, nachdem monatelang schon vergeblich versucht worden ist, auf friedlichem Wege zu einer Verständigung mit den Unternehmern zu gelangen. Die Tarifverhandlungen wurden durch ihr Verhalten lazarisiert und selbst der unparteiliche Vorsitzende der Schlichtungskommission stellte das Verhalten der Arbeitgeber als ein provokatorisch wirkendes fest. Diefem wurde noch durch ihr Angebot, auf den untern 31. Juli 1920 abgeschlossenen Tarifvertrag ganze 20 Proz. als Zuschlag zu bewilligen, die Krone aufgesetzt. Außerdem hatten sie noch den

## An die Berliner Gewerkschaften!

Es ist wiederholt versucht worden, den „Vorwärts“ dadurch zu kommunistischen Zwecken zu mißbrauchen, daß ihm für den Vereinigungszeit der gewerkschaftlichen Teils telephonisch Anzeigen übermittelte wurden, die nicht von den Gewerkschaften ausgingen. Wir sehen uns daher veranlaßt, an alle Berliner Gewerkschaften die dringende Bitte zu richten, sämtliche Versammlungsanzeigen für den redaktionellen Teil des „Vorwärts“ mit ihrem Stempel zu versehen. Einfendungen der genannten Art, die dieser notwendigen Anforderung nicht entsprechen, bleiben in Zukunft ebenso ausnahmslos unberücksichtigt, wie solche, die telephonisch aufgegeben werden.

Gewerkschaftsredaktion des „Vorwärts“.

Wunsch nach einer Verlängerung der Arbeitszeit und Umwandlung der Wochenlöhne in Stundenlöhne. Die im Mai 1920 mit den Konzernen der Ufa, Decla und Hansa abgeschlossenen Tarife sehen für die kaufmännischen Angestellten allein schon eine wesentlich höhere Bezahlung vor, als heute diese Herren glauben bieten zu können. So würden nach dem Angebot der Arbeitgeber ein Meister 384, eine Arbeiterin 144 M. wöchentlich, ein kaufmännischer Angestellter im 23. Lebensjahre 810 M., selbständige Buchhalter, Registratorvorstände und Kassenvorstände ein Anfangsgehalt von 1050 M. monatlich steigend bis 1500 M., erhalten. Diese wahren Hungerlöhne müßten selbstverständlich abgelehnt werden und die Antwort ist durch den Streik gegeben worden, in den die Arbeitnehmer geschlossen eingetreten sind.

Die erste Versammlung der Streikenden hat gestern im Gewerkschaftshaus stattgefunden, dessen großer Saal von einer Kopf an Kopf gedrängten Menge dicht gefüllt war. Die Leitung hatte neben den Vorstandsmitgliedern die aus 15 Personen bestehende Streikkommission. Bardeleben und Silbermann konnten erfreulicherweise berichten, daß nur noch einige kleine Betriebe in Tätigkeit geblieben sind. Von mehreren Betrieben sind die Forderungen bereits bewilligt worden und während der Versammlung liefen noch neue Bewilligungen ein. Scharf kritisiert wurde eine Zusage der Arbeitgeber, in der die plötzliche Einstellung der Arbeit abfällig beurteilt und gesagt wird, daß die Arbeitgeber nur zu Verhandlungen bereit sein würden, wenn in sämtlichen Betrieben die Arbeit wieder aufgenommen werde. Zu Verhandlungen hätten sie doch seit fünf Monaten schon Zeit gehabt.

Böhne, vom Verband der Mäler, sprach die Solidarität seiner Kollegen mit den Streikenden aus.

Bardeleben und Silbermann mahnten noch besonders zu voller Einigkeit und dazu, nicht in Sonderverhandlungen einzutreten, sondern die Arbeitgeber an das Bureau in der Charlottenstraße 6 zu verweisen. Wenn die Beschllossenheit aufrechterhalten werde, sei an dem Erfolg nicht zu zweifeln.

Appel vom BdA. gab die Erklärung ab, daß diese Organisation vollständig mit der streikenden Kollegenschaft gehe und daß, soweit nicht alle Angehörigen derselben schon die Arbeit niedergelegt hätten, dies daran liege, daß den Fehlgenden der Streikbeschluss noch nicht bekannt geworden sei.

Pulaski, Preuß und andere Redner forderten gleichfalls auf, unbedingt in geschlossener Front zu verharren.

Bardeleben erklärte noch, daß auch die in Frage kommenden Buchdrucker sich den Streikenden anschließen würden, sobald an ihr Solidaritätsgefühl appelliert werde.

Die Versammlung nahm bis zum Schluß einen würdigen Verlauf.

## Die Beamtentratswahlen bei der Eisenbahn.

Am 6. und 7. d. M. haben die Wahlen zu den Betriebsräten bei der Eisenbahn stattgefunden, bei der sich die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter, die Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner, der Deutsche Eisenbahnerverband und der Allgemeine Eisenbahnerverband mit eigenen Listen gegenüberstanden. Die Ergebnisse liegen bis zur Stunde erst von einigen Direktionsbezirken Pommerens und aus Süddeutschland vor, doch lassen sie nach der B.S.-Korrespondenz schon jetzt erkennen, daß die dem Deutschen

Beamtenbund eingegliederte Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter wohl die Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereint hat. Im Bezirk Berlin-Dsten ergab die Wahl folgendes Resultat: Reichsgewerkschaft 7000 Stimmen, Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner 980 Stimmen, Deutscher Eisenbahnerverband 370 Stimmen, Allgemeiner Eisenbahnerverband 33 Stimmen.

## Die Brüsseler Gewerkschaftswoche.

### Nationalistische Ausschreitungen.

III. meldet aus Brüssel: Die belgische Arbeiterpartei hatte in La Louvière eine Gewerkschaftswoche organisiert, an welcher auch Vertreter des Auslandes, darunter Sassenbach als Vertreter der deutschen Gewerkschaften, teilnahmen. Sassenbach wohnte in demselben Hotel wie die belgischen Sozialistenfabriker de Braudère und Deman. Der Wirt des Hotels hatte aber Sassenbach gezwungen, das Hotel zu verlassen, worauf die beiden Belgier als Protest ebenfalls das Hotel räumten. Im Laufe des Tages haben die belgischen „nationalen“ Vereine gegen die Anwesenheit des deutschen Delegierten durch Plakate Protest erhoben. Bei den sozialistischen Kundgebungen, welche Mittwoch abend stattfanden, kam es zu Zusammenstößen zwischen belgischen Patrioten und Sozialisten. Es gelang den Sozialisten, den belgischen Patriotenvereinen sämtliche Fahnen abzunehmen. Die sozialistische Versammlung, an der auch ein Italiener teilnahm und in der Sassenbach sprechen sollte, wurde infolge andauernden Lärms und Zwischenrufen wie: „Nieder mit den Völkern!“ gesperrt. Auch in später Stunde fanden noch Zusammenstöße statt, wobei mehrere Personen schwer verwundet wurden.

Fast wie bei uns mit Ausnahme von Bayern, wo es noch schlimmer zugeht.

Die Hirsch-Dunderschen Bergarbeiter des Ruhrbezirks nahmen in einer in Wanne abgehaltenen Konferenz zur Lohnfrage Stellung. Nach eingehender Aussprache wurde eine Entschliessung angenommen, worin zum Ausdruck gebracht wird, daß die vom Zechenverband für den Ruhrbezirk zugesagte Lohnerhöhung von zehn Mark im Durchschnitt je Mann und Schicht den Bedürfnissen der Bergarbeiter in keiner Weise gerecht werde. Die Konferenz erklärte sich zwar für die Annahme des Angebots, beauftragte aber die Leitung der Organisation in der Arbeitsgemeinschaft der vier Bergarbeiterverbände, eine weitere Lohnforderung zu beantragen.

Transportarbeiterstreik in Köln. Nach Ablehnung des Schiedspruches, der eine 25proz. Lohnerhöhung zum 1. September und eine 30proz. zum 1. Oktober vorsah, ist die Transportarbeitergewerkschaft Köln am Mittwoch in den Streik getreten. Die Ausführung von Lebensmitteltransporten und die Fütterung der Pferde wird nach einer Mitteilung der III. des Herrn Stinnes angehalten. Die Arbeiter fordern eine 50proz. Erhöhung auf die jetzigen Bezüge.

Gewerkschaftskommission Steglitz, Bezirk 12. Sonnabend 4 Uhr findet vom Restaurant „Albrechtshof“ aus die Beisehung der Asche des Genossen Regener, welcher in Potsdam erschossen wurde, statt. Die organisierte Arbeiterschaft wird ersucht, an dieser Feier geschlossen teilzunehmen.

Deutscher Bauarbeiterverband, Bezirk Steglitz: Die Beisehung der Asche des in Potsdam erschossenen Kollegen Ernst Regener findet Sonnabend, den 10. September, nachmittags 2½ Uhr, vom Albrechtshof, Steglitz, aus statt. Wir ersuchen unsere Kollegen, sich alle daran zu beteiligen. Die Bezirksleitung.

Die österreichischen Staatsbediensteten haben an die Regierung die Forderung nach Ausschüttung von 2000 bis 4000 Kronen als Aushilfe gestellt.

Streik der Wiener Bühnengehörigen? An den Wiener Theatern ist eine Lohnbewegung im Gange. Man erwartet für heute die Entscheidung, ob der Streik der Bühnengehörigen vermieden werden kann.

Freie Lehrgewerkschaft. Sonnabend 7 Uhr Geschäftsitzung im Rathaus, Zimmer 63.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Ulises Schiff, Berlin; für Anzeigen: Th. Wiese, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin. Lindenstr. 3. Sterza 1. Blatt.

**Sorgsame Mütter** verwenden zur Körperpflege ihrer lieben Kleinen nur die als beste Kinder-Myrrholin-Seife feife ärztlich empfohlene Myrrholin-Seife

**Stoffe** l. Herren- u. Damenbekleidung beste Fabrikate, grosse Auswahl Verkauft meterweise  
Koch & Seeland, G. m. b. H. Gertraudenstr. 20/21  
Gegr. 1893

- Ausl.-Speck (Rippst.) Pfund 16 M
- Zwiebelwurst Pfund 14 M
- Rotwurst Pfund 14 M
- Landleberwurst Pfund 17 M
- Sülzwurst Pfund 16 M
- Pastetenleberw. Pfund 18 M
- Jagdwurst Pfund 20 M
- Mettwurst (grobe) Pfund 24 M
- Kunsthonig 1 Pfd.-Paket 4 25
- Weizenmehl Pfund 3 60
- Milch-Süß-Speise Paket à 250 Gr. Inhalt 1 80
- Maisgrieß entölt Pfund 2 M
- Hähnchen (lunge) Stück 12 14 50
- Junge Kapaune Pfd. 15 50
- Suppenhühner Pfd. 15 50
- Junge Gänse Pfund 14 50
- Bücklinge Pfund 4 90
- Sprossen Pfund 6 50
- Schellfische (geräucher) Pfund 3 70
- Fludern (Pommersche) Pfund 4 50 6 90
- Aale (geräuchert, 1. Qualität) Pfund 2 5 M
- Speisefett Pfund 12 M
- Margarine Pfund 12 M 13 M
- Margarine allerfeinste 1/2 Pfd.-Paket 1 50
- Pflaumenmus (sücker) Pfund 5 20

# A. Wertheim

## Lebensmittel

- Frisches Fleisch
- Hammelvorderfleisch Pfd. 9 50
  - Hammelkeule ganz u. geteilt Pfd. 11 M
  - Hammelrücken Pfund 11 M
  - Schw.-Schinken Rücken 15 50
  - Schweinebauch u. Blatt Pfd. 15 50
  - Kalbskamm u. Brust Pfd. 10 50
  - Kalbskeule ganz und geteilt Pfd. 12 M
  - Kalbsnierenbraten Pfund 12 M
  - Suppenfleisch Pfund 9 50
  - Gehacktes Rind- und Schweinefleisch Pfund 11 M
- Spezialmischung mit 25% gemahlenem Bohnenkaffee Pfund 7 M
- Risotto (Reis mit Tomaten) Dose 3 M
  - Apfelsmus Dose 4 50
  - Preiselbeeren-Kompott Dose 11 M
  - Fleisch- u. Nieren-Pudding Dose 4 M
  - Armeceration Dose 6 25
  - Würstchen amerik. Dose 6 20
  - Corned Beef Dose 9 75
  - Rindfleisch Dose 5 80
  - Rindfleisch Dose 12 M
  - Rindfleisch Dose 17 50
  - Leberwurst Dose 1 25
  - Blutwurst Dose 1 25
- im Erfrischungsraum: Marzipan-Stollen 5 M

- Tomaten (italienische) Pfund 1 80
  - Erbirnen (grün) Pfund 90 Pf.
  - Kochbirnen (große) Pfund 90 Pf.
  - Eßäpfel Pfund 1 20
  - Kartoffeln Pfund 60 Pf.
  - Mohrrüben Pfund 65 Pf.
  - Rotkohl Pfund 15 Pf.
  - Rotkohl (holl.) Pfund 1 M
  - Kohlrabi Pfund 1 40
  - Rhabarber Pfund 35 Pf.
  - Grüne Heringe Pfd. 2 60
  - Goldbarse Pfund 2 10
  - Scharbenzung Pfd. 2 70
  - Schellfische Pfund 2 90
  - Edel-Krebse lebend Stück von 70 Pf. an
  - Tilsiterkäse Pfund 11 80
  - Liptauerkäse Stück 2 25
  - Landkäse (große) Stück 3 75
  - Romatourkäse Stück 1 50
  - Spitzkäse Pfund 9 50
  - Goudakäse (dän.) Pfund 1 4 50
  - Schweizerkäse Pfd. 2 6 M
  - Dornot (französ. Rotwein) 12 M
  - Weinbr.-Verschn. Pf. 36 M
  - Weinbrand Pf. 45 M
- Preise einschließlich Flasche u. Steuer